

# Sattler- und Portefeuiller Zeitung

Erscheint wöchentlich Freitags ::: Bezugspreis durch die Post 1,20 M. vierteljährlich

Insetate für den Arbeitsmarkt 20 Pf., alle andern 30 Pf. pro 3 gespaltene Seiten

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten Lederwaren-Industrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 15 :: 23. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüderstraße 10b :: Telefon: Amt IV, 2120

Berlin, den 9. Juli 1909

**Inhalt:** Streitnotizen. — Schlag auf Schlag. — Nach neun Jahren. — Bau Berlin. — Strafs und Lohnbewegungen. — Soziales. — Der Mitgliedsstand der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908. — Gewerkschaften. — Abzugshilfes. — Nachspruch. — Welches Werk hat Gott und Vogts? — Ausland. — Berichterstattung über sonstige. — Rundschau. — Aus anderen Organisationen. — Korrespondenzen. — Bücherbau. — Sterbetafel. — Anzeigen. — Abrechnung der centralen Karten- und Begräbnissstätte der Buchbinden und verwandten Geschäftszweige.

**Achtung! Kollegen! Achtung!**  
Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse erachtet, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

**Bamberg.** In der Lederwarenfabrik Pankner sind wegen der Zugehörigkeit zur Organisation Differenz ausgetreten. Zugang ist fernzuhalten.

**Berlin.** Die Berliner Motorwagenfabrik in Reinickendorf, Koloniestraße, ist strengstens zu meiden. Die Firma wünscht alles in "Gelb".

**Dresden.** Die Kollegen werden gebeten, Arbeitsangebote der Firma Hasi (bzw. Poschiwig) strikt abzulehnen; hier stehen die Kollegen im Abwehrkampf.

**Ausland.**

**Bern (Schweiz).** Die Arbeitgeber haben den Arbeitsvertrag zum 1. November gekündigt. Die Arbeitszeit soll verlängert werden. Zugang ist fernzuhalten.

## Schlag auf Schlag!

Wenn man boshaft veranlagt wäre, könnte man keine Freude daran haben, wie dem deutschen Michel jetzt in Gestalt von 500 Millionen neuer Steuern, von denen jede einzelne der bis jetzt angenommenen Art schamlose Ohfiegen ins Gesicht des deutschen Volkes bedeuten, die Quittung erteilt wird für seine Vertrauensseligkeit, die er im Januar 1907 dem politischen Rattenfänger von Hameln, dem schönen Bernhard von Bülow, entgegengebracht hat. Einsehen, gründlich einleiten! Das ist der Grund und Leitfad dieses erfolgreichen aller modernen Sozial-Sängers auf dem Kaisersthül der politischen Sachverständige. Wie gesagt, es wäre zum Lachen, wenn nicht der Ernst der Situation uns eher zum Weinen verpflichtete.

Hundert Millionen neue Steuern braucht das Deutsche Reich, um seine Finanzen nur wieder halbwegs so regeln zu können, daß es vor der Krise des zivilisierten Auslands bestehen kann. Schulden sind ja nicht immer ein schlechtes Zeichen für die wirtschaftliche Lage eines Privatmannes oder eines Landes, z. B. namentlich dann nicht, wenn das gelehrte Geld zur Errichtung oder Verbesserung "werbender Anlagen", wie Eisenbahnen, Post, Anlage von Kanälen, Hafenbauten für Handelschiffe, Verbesserung der Wege oder Maßnahmen, die zur Hebung der Volksgesundheit und Volkswohlfahrt sich notwendig machen, gebraucht wird. Für derartige Zwecke verbrauchte Gelder sind in Wirklichkeit Kapital, das reichlich Zinsen bringt.

Mit Riesenlettern werden alljährlich von der bürgerlichen Presse auch stets die Summen mitgeteilt, die die deutsche "Industrie" — unter dieser Bezeichnung versteht man natürlich stets nur die Unternehmer — aufzubringen hat, ausschließlich für das Wohlgehen des deutschen Arbeiters. Wenn man diese Nachrichten liest und unbedenken glaubt, gewinnt man den Eindruck, daß diese Herren, die "Industrie", in aller nächster Zeit unrettbar zusammenbrechen und brechen müßt, wenn nicht schamlos Abhilfe geschaffen wird, d. h. wenn nicht die "Lasten" der sozialpolitischen Gesetzgebung baldigst verringert werden. Und doch können wir uns keine bessere, zweckmäßiger Verwendung von Geldern denken, als wenn dieselben zur Verbesserung der sozialen Notlage derjenigen Bevölkerungsgruppen, also der ununterbrochen Werte schaffenden Arbeitersklasse, angelegt werden, die die eigentlichen Erzenger des Reichstums sind. Da wir sind vernünftig genug, zu behaupten, daß diese Maßnahmen ein ganz eminentes Lebensinteresse der Besitzenden von heute, ein nicht zu unterschätzendes Mittel, die Herrschaft der Herrschenden von heute noch auf längere Zeit hinaus zu erhalten, darstellen. Wir glauben auch nicht daran, daß das Gesetz der "Industrie" nach Verringerung der "Lasten" ernst gemeint sein kann. Wir glauben vielmehr, daß dieser Skandal in erster Linie den Zweck hat und haben soll, die "Industrie" vor neuen "Lasten" zu bewahren. Ein einziger Hinweis mag genügen, um zu zeigen, wie staats- und gesellschaftsverhindernd die sozialpolitische Gesetzgebung in Wirklichkeit ist. Man mache doch einmal den Versuch: man hebe die Krankenversicherung, die Unfall- und die Alters- und Invalidenversicherung auf und befreie die "Industrie" von ihren "Lasten". Diese Maßnahme bedeutete in der Tat nichts mehr und nichts weniger als den finanziellen Zusammenbruch zahlloser Gemeinden, die nicht instande wären, dann ihre ins Ungeheuerliche steigenden Armenlasten zu tragen, ganz zu schweigen von den anderen Begleitercheinungen, die diese Maßnahme zeitigen würde.

Doch genug hiervon. Es steht unumstritten fest, daß das neue Deutsche Reich seine circa 4½ Milliarden betragende Schuldenlast nicht "werbenden Anlagen", sondern fast ausschließlich den wahnwitzigen Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu verdanken hat, die wir eben nicht als "werbende Anlagen" zu betrachten in der Lage sind.

Wieder stehen oder vielmehr standen unsere Staatsmänner am Ende ihres Latein, denn schon scheinen sie trotz der Trostlosigkeit der letzten Woche ihre Sprüche tadellos herzagen zu können.

Der Silvesterblock, Konservative und Liberalen aller Schattierungen, wurde geschaffen, um eine Mehrheit für "nationale" Forderungen, lies: Militärforderungen, zu haben, die derfelbe auch in jedem gewünschten Maße willigte.

Der Schnapsblock schwarzblauer Couleur, Zentrum, Konservative und — man sollte es kaum glauben — Polen sind jetzt dabei, die Mittel für die vom Silvesterblock appropierten

"nationalen" Forderungen der Regierung zu bewilligen. Die Ehe zwischen Marxen und Staninen hat also ihr Ende erreicht.

Fünfhundert Millionen neue Steuern sollte der Reichstag bewilligen, ein Fünftel dieser Summe sollte nach dem Plan der Regierung von der besitzenden Klasse aufgebracht werden. 400 Millionen sollten auf den Verbrauch in Gestalt von Zöllen geschlagen werden. Diese Summe sollte die "Luxusartikel des armen Mannes", wie sie der Reichsgründer, der eberne Ranzler Bismarck, nannte, aufbringen. Vier, Tabak, Kaffee, Tee, Braunwein und — Bündelöl sind die Luxusartikel, die vornehmlich zur Belastung unserer waren. Die Liberalen, die ihrem Programm gemäß eigentlich gegen "indirekte Steuern" überhaupt einzutreten gezwungen waren, sträubten sich ja wohl etwas und verhinderten hier und da, die Schläge auf das Portemonnaie des Volkes abzudämpfen. Aber das war alles. Der eigentliche Kampf um die "Güter der Nation" feste erst ein, als es sich darum handelte, zu bestimmen, in welcher Form und vor allen Dingen aber welche Kreise der Besitzenden das Häufel des Steuerolls in Zukunft aufzubringen haben. In diesem Kampfe zog das Kaninchen Kreissum den Fürczen! Der konservative Skandal tauchte in die schwärzesten Tiefen des Teichmorastes unter und kam mit seinem Intimus von ehedem, dem geschorenen und geborenen Volksbetrüger, dem Zentrum, wieder mutter an die Oberfläche und "beglückte" uns mit einem Steuerplane, der einschließlich genannt zu werden verdient.

Die conditio sine qua non<sup>\*)</sup>, die Erbansellitare, wurde vom Schnapsblock in den Erfurz geschleudert. Der politische Hofbarbier, B. v. B., und sein Lehrling, der Herr v. Soden, standen dabei und lächelten verständnisinnig, als sie vernahmen, daß lediglich um das berühmte deutsche Familienleben nicht mit Gewalt zu zerstören, man diese Tat begehen müßte. Wie schrecklich, niederrückend und kostspielig angleich wäre es z. B. für die Erben, wenn festgestellt werden müßte, daß der hochielig Verstorbenen Jahrzehntlang den Staat um die Steuern betrog, indem er Einkommen und Vermögen viel zu niedrig angab. So, die alleinige Feststellung dieser Tatsache selbst ließe man sich schon noch gefallen, aber die hinterzogenen Steuern nachbezahlen und die entsprechende Strafe dazu? Vrr! Wein und tauftend mal nein! Da geht die Autorität und selbstverständlich auch das Familienglück zum Teufel. Also wen damit! Jetzt hat man das weniger empfindliche Familienglück der Millionen von der Hand in den Mund lebenden Arbeiter, Kleinhandwerker und Beamten in ungeheuerlicher Weise belastet. Konnende der in diesen Industrien Beschäftigten werden durch die Einschränkung des Konsums ihre Existenz verlieren. Millionen andere, und vornehmlich die starken Verbraucher, also die großen Familien, das sind natürlich wieder die Armen, denn die Wohlhabenden haben trotz ihres guten Familienglückes.

<sup>\*)</sup> Die Voraussetzung, ohne die die Reichsfinanzreform überhaupt nicht aufzugehen kommen würde. v. Sydon im Deutschen Reichstage.

lebens genügend anderweitige Verstreitung, sie seien nicht so viel Kinder (wenigstens keine ehelebigen) in die Welt wie die „kleinen Leute“, werden durch die Preissteigerung der notwendigsten Bedarfsartikel unmenschlich ausgebaut. Bier, Tabak und Branntwein haben bereits ins Gras beißen müssen.

Am 8. Juli soll alles zu Ende sein, wenn es nach dem Willen der Mehrheit geht! Und es geht dann! Am eine Auflösung des Reichstages wagen wir nicht mehr zu denken, obwohl wir vor Möglichkeiten nie sicher sind.

Unseren Kollegen, ganz gleich welcher politischen Richtung sie angehören, in dringend zu raten, sich auch um derlei Angelegenheiten zu kümmern. Hier hat man es mit einem schändenden Feinde zu tun, der nicht immer und nicht von jedem ohne weiteres erkannt wird. Taugende sind nicht in der Lage, sich über die Vorgänge in den Parlamenten zu orientieren. Taugende wiederum legen der Erörterung von dergleichen Fragen keinerlei Bedeutung bei. Und doch ist es wahr, wenn wir nicht rubig abschließen wollen, wie uns das, was wir in hartnäckigem, zähem Kampfe mit Hilfe unserer Organisation dem Unternehmertum abringen, durch deren parlamentarische Handlanger wieder entrischen wird, dann bleibt dem Arbeiter nichts weiter übrig, als sich um die Politik und die politischen Parteien gleichfalls zu kümmern. Und wenn er das tut, dann wird er, falls er vorurteilsfrei genau ist, bald erkennen, daß es auch in dem jüngsten Stande um die Steuer nur eine einzige Partei gab, die voll und ganz keine Interessen vertrat, und das war die Sozialdemokratie! Also zieht auf das Parlament und Eure Vertreter in demselben; denn um Eure Sache handelt es sich!

### Nach neun Jahren!

Die Gewerkschaftsbewegung ist geworden unter dem äußeren Druck der wirtschaftlichen Entwicklung. Es bedarf oft nur eines scheinbar geringfügigen Anstoßes, um sie zur Entwicklung zu bringen. So ist auch die Bewegung der Portefeuiller- und Vedergalanteriearbeiter geworden. Dieser Anstoß kam im Sommer 1900 von den Galanteriekätlern in Offenbach a. M., die damals den Neunstundentag und einen Tarifvertrag errungen. In vielen Betrieben arbeiteten Sattler und Portefeuiller zusammen. Die Portefeuiller, die „Sichttagenportefeuiller“, wie sie mit einer Kürzung von Spott und Reib genannt wurden, behielten ihre gehärtete Arbeitszeit — ganz abgesehen von den Stunden die über Feierabend und ungezählt geschafft wurden — während neben ihnen die Sattler, die manche Portefeuiller als nicht voll ansehbar, nur neun Stunden arbeiteten. Sie hatten sie allein der Kraft ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu danken.

Es bedurfte nicht mehr, um auch die Portefeuiller aufzurufen, aus dem Zustande mißmutigen Widerstands, dem sie nach dem letzten selbständigen Organisationsversuch verfallen waren. Und selbst die Abneigung gegen den Buchbinderverband, der die Portefeuiller sich zuwiesen, in dem diese eine wesenstreide Minorität bleibende mühten, überwand sie. Zu wenigen Wochen gelang es dem Tübinger Portefeuiller der Zabtelle Offenbach a. M. des Buchbinderverbandes, etwa 250 Portefeuiller zu organisieren.

Mitten im schönsten Aufblühende kam unvorhergesehene die Detretierung einer Extrasteuer. Es ist oft behauptet worden, die Portefeuiller sind ausgetreten, weil sie die Extrasteuer nicht zahlen wollten. Von außen gesehen war es so. In Wirklichkeit war es nicht die ungeschickte und selbstherrlich vorgenommene Erhöhung der Beiträge von 10 auf 15 Pf. was immerhin von einer Arbeiterschaft, die erst aus Vertragskämpfen gewohnt werden mußte, doppelt schwer empfunden wurde, sondern doch die Erhöhung lediglich im Interesse des Buchbinderverbands von Berlin, Leipzig und Stuttgart geschah, dem die Berufsschicht der Portefeuiller, deren Berufssolidarität noch unvollendet, deren Alterssolidarität kaum geboren war, freudig gegenüberstand. Das vorhergehende Gefühl, daß die Portefeuiller nur für die Buchbinderei galten, war aufs empfindlichste getroffen. So anregend der äußere Anstoß der Sattler geweckt hatte, so widerdrückend wirkte der Anstoß der Buchbinderei. Und doch handelte es sich hier wie dort um einen Tarifvertrag und hier wie dort um den Neunstundentag.

Der große Unterschied, den unsere Kollegen im Buchbinderverbande bis heute noch nicht begriffen haben, war eben der, daß die Sattler und die Portefeuiller gemeinsame Berufs-

interessen haben, in ihrer Arbeit oft aufeinander angewiesen sind und unter denselben Beschwörungen leiden, aber auch an denselben Auffällungen teilnehmen. Anders war es und wurde es immer mehr mit den Buchbindern. Da Einwohner, von wo die Bewegung ausging und wo auch der Schwerpunkt unserer Industrie liegt, war die industrielle Trennung bereits vollzogen und auch die berufliche war so gut wie vollendet.

Die Portefeuiller erklärten und heraus, eher einen noch höheren Beitrag in einer selbständigen Organisation, als den Errabbeitrag im Buchbinderverbande zu zahlen. So kam die „Meierlacht aller in der Portefeuilleindustrie beschäftigten Personen“ am 11. November 1900 zu stande. Mit 433 Mitgliedern und 425 Pf. Vermögen wurde am 7. Januar 1901 die Herausgabe der „Portefeuiller-Zeitung“ beschlossen und mit 1565 Mitgliedern und einem Vermögen von 2130 Pf. warde Eben 1901 auf der Konferenz der Verbände der Portefeuiller und Vedergalanteriearbeiter Deutschlands gegründet.

Die Gründung fiel mitten in eine schwere wirtschaftliche Krise, die in der Vedergalanterieindustrie wohl etwas später, aber doch um so nachhaltiger auftrat. Es war eine schwere Zeit. Den Gedanken, es den Sattlern gleichzumachen und den Neunstundentag durchzuführen, mußten wir auf lange Zeit gründen. Die Krise führte die Bewegung um so mehr, als die Portefeuiller ohne Arbeitslosenkennzeichnung, die Arbeitslosigkeit und die in den folgenden Präsidenten schwach ausgelöscht waren. Die Organisation hatte zunächst nur die eine Wirkung, die Absicht der Elternbadet Kaufleuten, die Arbeitszeit der Portefeuiller und Sattler „einheitlich“, d. h. nach oben zu regeln, zu verhindern. Ein erster Versuch der Elternbadet zu Neujahr 1901, wurde glänzend abgeschlagen. Die betroffenen, noch unorganisierten Arbeiter, hatten sich sowohl an die Organisation der Sattler wie der Portefeuiller gewandt. Es war der erste Kampf der jungen Organisation und er wurde gemeinsam mit dem Sattlerverband geführt.

Wenn wir uns heute mit den Sattlern in einer Organisation zusammenschließen, schließen wir damit einen natürlichen Kreislauf ab, auf den wir mit Stolz und Genugtuung zurückblicken können. In einer geschlossenen und einheitlichen Schlachtreihen Sattler und Portefeuiller zusammen, eins und eins verschmelzen wir zu neuen Kämpfern und zu neuen Siegen.

Joseph Steineck.

### Gau Berlin.

Bericht vom 1. Januar bis 1. Juli 1901.  
Die Verhältnisse in diesem Gau haben sich seit meinem letzten Halbjahresbericht in nennenswerter Weise nicht verändert, so daß mein damals entworfenes Bild auch heute noch im wesentlichen zutrifft. In den Sämtlichen blieb die Mitgliederzahl ziemlich konstant, bei den Einzelmitgliedern hingegen aus dem östlichen Bezirk der Arbeitsstätte und der Abreise vom Ort resultiert. Nur Verschiebungen statteten die einzelnen, kleine Gruppen, besonders die Sattlergruppe, so daß sie von der Blumenstraße, wo sich unsere Sämtlichen bei allen Dingen merken sollen, nach einer „Anstellung“ Weise, Eisenstr., vermittelte Strafanhaltsentlassung. Daß dieseente auf den rechten Weg kommen, wenn sie nach abgebrühter Sühne für ihre Vergehen sofort ihre Beweise mit neuen Verbrechen belasten und zwar ist Streitredner bestimmt, gewiß sehr Herr Poischwitz nicht. Doch war es den Streitenden innerhalb möglich, gegen 90 Arbeitsstätten abzuschließen, die Daltung der Streitenden selbst ist unerhofft. Zu einem Schreiben, welches an die Versammlung gerichtet war, begründete Herr Poischwitz sein Verhalten. Außerdem war unterdessen Herr Poischwitz selbst erschienen und es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen mit denselben. Alle Anwesenden erklärten sich mit den Maßnahmen des Verbandes einverstanden und hielten Herrn Poischwitz sein Sündenregister vor, worauf sich Herr Poischwitz lebhaft verteidigte und erklärte, daß er nicht anders handeln könne. Nach einem kräftigen Entschlußvotum des Kollegen Busch erzielten die Kollegen Saare und Berndt einige gesetzliche Maßnahmen, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Abschluß:  
Einnahme . . . . . 133,60 Pf.  
Ausgabe . . . . . 90,80 "

Bestand am 30. Juni 12,80 Pf.  
Berlin, 1. Juli 1901.

Ernst Unger, Gauleiter.

### Streiks und Lohnbewegungen.

Dresden. Am 23. Januar fand im Soale des Reichstheaters eine öffentliche Sattlerversammlung statt, welche sich mit dem Streit bei der Elternbadet beschäftigte. Ganzheitlich schloß Gauleiter Busch die Eigentümlichkeit dieses Kampfes, da wir es hier nicht mit Herrn Poischwitz, sondern mit Herrn Wehrle haben, denn Herr Poischwitz gibt sich nur als Zoodmann. Nun ging Redner auf die Einschübung des Streites ein. Es handelt sich hier um Hunderte und Tausende und Tausenden. Schon vor Ester hatte Herr Poischwitz verloren, einen Teil der Arbeiter, die dort Sattler angezeichnet hatten, von Arbeitertum anfangen zu lassen und zwar selbstverständlich mit dem nötigen Abzug. Dies liegen doch natürlich die drei beschäftigten Kollegen und Kolleginnen daran, daß die Woche so schon nicht an den beiden gehörten. Nach mehreren Verhandlungen kam es zum Streit, der dann aber nach dreitägiger Dauer mit teilweisem Erfolge beendet wurde. Herr Poischwitz hatte damals sein Ehrenwort gegeben, daß keine weiteren Abzüge vorkommen werden. Die Kollegen und Kolleginnen waren deshalb nicht wenig erstaunt, als ihnen eines Tages Herr Poischwitz eine Tabelle verlegte, auf der nicht weniger als 70 Nummern Sattlerarbeit als Krautärbeiten verzeichnet waren. Außerdem waren in der Tabelle auch noch verschiedenste andere Berichtsleistungen enthalten. Diese konnten sich die drei Beschäftigten auf keinen Fall unwiderrührbar bilden lassen, zumal doch Herr Poischwitz sein Ehrenwort gegeben hatte. Es kam wieder zu Verhandlungen und da Herr Poischwitz den Ernst der Situation erkannte, so nahm er die Lohnreduktion noch einmal zurück. Doch begnügte sich diesmal die Kollegen und Kolleginnen damit nicht, sondern legten Herrn Poischwitz ein Schriftstück vor, worin er die Ausführung der geplanten Verschlechterungen befehligen sollte. Dieses lehnte Herr Poischwitz ab. Am 2. Juli fand die Versammlung statt, zu der die Sattlerarbeiter, die Sattler und die Vedergalanteriearbeiter eingeladen waren, die Sattler zu treten, was auch möglich gewab. Nur haben sich auch verschiedene berufstypische gefunden, unter anderen auch ein Collier, auch die Verdorbenen des Herrn Poischwitz prangen den Arbeitgebermittler, so z. B. den Mann von der Blumenstraße, was sich unsere Sämtlichen bei allen Dingen merken sollen. Nach einem „Anstellung“ Weise, Eisenstr., vermittelte Strafanhaltsentlassung. Daß dieseente auf den rechten Weg kommen, wenn sie nach abgebrühter Sühne für ihre Vergehen sofort ihre Beweise mit neuen Verbrechen belasten und zwar ist Streitredner bestimmt, gewiß sehr Herr Poischwitz nicht. Doch war es den Streitenden innerhalb möglich, gegen 90 Arbeitsstätten abzuschließen, die Daltung der Streitenden selbst ist unerhofft. Zu einem Schreiben, welches an die Versammlung gerichtet war, begründete Herr Poischwitz sein Verhalten. Außerdem war unterdessen Herr Poischwitz selbst erschienen und es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen mit denselben. Alle Anwesenden erklärten sich mit den Maßnahmen des Verbandes einverstanden und hielten Herrn Poischwitz sein Sündenregister vor, worauf sich Herr Poischwitz lebhaft verteidigte und erklärte, daß er nicht anders handeln könne. Nach einem kräftigen Entschlußvotum des Kollegen Busch erzielten die Kollegen Saare und Berndt einige gesetzliche Maßnahmen, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

### Soziales.

Weibliche Gewerbeaufsicht in Schwarzenburg-Muldsdorf. Dem vielfachen Drängen unserer Freunde im Landtag auf Anstellung einer weiblichen Person in der Gewerbeaufsicht, dem auch die Landtagsmajorität befreit, hat jetzt die Regierung entsprochen, indem sie die Stelle einer Assistentin, die dem Gewerbeinspektor zur Seite stehen soll, ausschreibt. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und Gehaltsansprüchen sind bis 1. Juli an das Ministerium, Abteilung des Innern, zu richten. Bei dem großen Zahl der in Schwarzenburg-Muldsdorf hauptsächlich in der Pergamentindustrie tätigen weiblichen Personen war die Schaffung dieses Postens längst eine dringende Notwendigkeit.

Sicherung der Gefangenewesenheit. Die „Ostdeutsche Rundschau“ bringt in ihrer letzten Nummer folgendes Ausfer:

Gefangen-Arbeitsstrafe.

Am 1. Dezember d. J. sollen circa 30 männliche Gefangene auf 8 Jahre zu Industrie- oder Handarbeiten an Unternehmer vergeben werden.

	Abrichtung.
Einnahme:	33,60 Pf.
Bestand vom 1. 1. 1901	100,-
Aus der Hauptkasse:	Summa . . . . . 133,60 Pf.
Büro:	8,60 Pf.
Reisegeld:	42,20 "
Entschädigung an den Gauleiter	45,-
	Summa . . . . . 90,80 Pf.

Ausgeschlossen ist die Beschäftigung mit Strumpffabrik, Zigarrenmacheri und Tischlerei. Die zu stellende Mauten beträgt für jeden Gefangenen 40 Pf. (folgt Angabe über den Termin zur Einsehung der Angebote usw.)

Erone a. R., 16. Juni 1908.

Königliche Strafanstalt.

Noch immer gibt es Arbeitslose genug, denen durch solche Konkurrenz, die hier den freien Arbeiter gemacht wird, die Möglichkeit genommen wird, Beschäftigung zu erhalten. Die Strafanstalten finden wohl in die Gefangenen andere nutzbringende Beschäftigung, ohne diese billigen Arbeitskräfte mit industrieller Tätigkeit zum Schaden des betreffenden Gewerbes zu beschäftigen. Wie wäre es, wenn man es mal versucht, diese Leute mit Ackerbau und Viehzucht zu beschäftigen. Die einzigen Gedanken, die dagegen auftauchen, wären nur die, daß die Gefangenen die Verantwortung und die Kost nicht vertragen würden, die selbständige Großgrundbesitzer ihnen angebieten ließen.

**Kinderarbeitszeug.** „Schon ihrer Faser noch — schon ihrer Geistesfalte, verschwendet nicht im Kind des Haftes Wonne Säfte.“ Wie notwendig angebracht die obige Mahnung des Dichters ist, ersieht man wieder aus einem Bericht, den der „Hannoversche Courier“ über die Beschäftigung der Kinder in der Heimarbeit der westfälischen Zigarrenfabrikation bringt. Was aus jüdischen Kindern wird und überhaupt werden muß, das kann sich jeder vernünftig denkende Mensch an seinen fünf Fingern abzählen, ohne Prophezeiung zu benötigen. Die schönste Erinnerung des Alters, die Erinnerung an eine ungebunden verlebte Jugendzeit, sie erstickt vor diese armen Kindergreise nicht. Es heißt da zum Beispiel:

An den kleinen Zigarrenmacherwerbstätten beschäftigt der Heimarbeiter neben einem Weckelmacher seine eigenen und auch fremde Kinder mit Tabakrippen. In einem Orte des Regierungsbezirks Minden wurden von 277 Kindern nicht weniger als 168 oder 60 Proz. angetroffen, die entgegen den Vorschriften der Gewerbeordnung beschäftigt wurden. Das jüngste war 6 Jahre alt und musste täglich 5 Stunden arbeiten. Ein zehnjähriger Knabe verdiente bei etwa sechsstündiger Tagesarbeit 50 Pf. wöchentlich, d. h. 14 Pf. in der Stunde. Sechs Stunden täglich oder noch länger ruhten 18 Kinder arbeiten, davon waren 7 bis zu 10 Jahre alt, während 11 dieses Alter überschritten hatten. Der durchschnittliche Wochenlohn betrug 1,50 Pf., also etwa 4 Pf. pro Stunde. Außerdem wurden noch 28 Kinder gegen das Kinderarbeitsgesetz festgestellt, indem noch nicht 10 Jahre alte Kinder im eigenen Betrieb ihrer Eltern beschäftigt wurden, so daß insgesamt 181 Kinder von 277, also fast zwei Drittel dieser Zahl, ungeschickt beauftragt worden sind. Bei der großen Anzahl der für diese Zwiderhandlungen in Betracht kommenden Personen, und da viele von ihnen sich der Ungefechtlichkeit ihrer Handlungsweise gar nicht bewußt waren, ist in allen Fällen von der Einleitung des Strafverfahrens abgesehen worden. Die Schuldigen wurden auf das Polizeiamt geladen und ihnen nach Kenntnisgabe der in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen für den Wiederholungsfall unanständliche Strafverfolgung angehoben.

Desgleichen wird aus Polens im Posen berichtet, daß dort die Kinder der katholischen Schule auf zwei Wochen beurlaubt werden, um die Überpflanzungen zu bearbeiten, weil erwachsene Arbeiter fehlten. Tag täglich werden die Kinder auf Wagen aus der Umgebung abgeholt und auf die Felder zur Arbeit gefahren. Die Harmonie der Regierung mit dem Klerikertum offenbart sich hierbei geradezu wunderbar. Bahnen die Kleriker übrigens auch nur halbwegs annehmbare Löhne, so würde bei der immer noch vorhandenen Menge über Arbeitskräfte auch für diese Arbeit nicht zu klagen sein.

„Gesunder Leib, gesunde Seele“, sagten die alten Griechen mehr als 2000 Jahren. „Der dümmste und entzückendste Kindern noch das ärztliche bishin Volksschulbildung und macht ihre Leiber zu Skrupeln durch schwere Feldarbeit.“

## Der Mitgliederstand der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908.

Nach einer aus den Jahresberichten und Abrechnungen der einzelnen Verbände gewonnenen Zusammenstellung — die eigentliche Organisationsstatistik der Generalkommision erfolgt erst demnächst — haben die Gewerkschaften eine absolute Abnahme von 72 284 Mitgliedern für das Jahr 1908 zu verzeichnen. Die diesmalige Krise hat darnach weit schärfer auf die Gewerkschaften eingewirkt als die leichte Wirtschaftskrise 1900/02. Damals trat in einem Krisenjahr ein Rückgang ein; aber er betrug (1901) im Jahresdurchschnitt nur rund 3000

Mitglieder. Dagegen war 1900 sowohl wie 1902 eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Aehnlich scheint die diesmalige Krisenperiode zu verlaufen. Am ersten Krisenjahr (1907) hatten die Gewerkschaften von Jahresbeginn zu Jahresende eine Mitgliederzunahme von 73 853. Am Jahre 1908 ist im IV. Quartal ein Rückgang von 75 183 Mitgliedern gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahrs zu verzeichnen.

Welchen Einfluß die Krise auf die Mitgliederbewegung der Gewerkschaften hat, dafür ist geradezu typisch der Rückgang der Mitglieder in den Bauernvereinorganisationen; sie allein haben 37 718 Mitglieder verloren, darunter die Maurer 17 440, die Bauhilfsarbeiter 15 789; die Zimmerer verloren mit 4172 Mitglieder. Geringerer Verluste in abfolgenden Jahren hatten die kleineren Gewerkschaften der Dachdecker und der Stukkateure, während die Steinseifer ihre Mitgliederzahl ziemlich hielt, die Maler sogar eine Zunahme von rund 500 zu verzeichnen haben.

Außer im Baumgewerbe war der Mitgliederverlust im Textilgewerbe am größten; die Textilarbeiterorganisation verlor 23 320 Mitglieder.

Beide genannten Industriearten tragen demnach von der verminderten Mitgliederzahl von 75 183 allein rund 61 000. In der Metallindustrie hat der Metallarbeiterverband mit 32 071 Mitgliedern seinen Mitgliederstand so ziemlich gehalten, der Berlin von 1351 Mitgliedern tritt seit ausgeschließlich den Schmiedeverband, während die Maschinen-, Kupferschmiede und Schiffszimmerer kleine Zunahmen zu verzeichnen haben. Im Handels- und Transportgewerbe ist ein Mitgliederrückgang von 1156 zu verzeichnen. Die Bergarbeiter bestehen bei einem Mitgliederzunahme von rund 1000 ihre Mitgliederzahl auf 112 513. Größere Mitgliederverluste läuft noch die Bekleidungsindustrie mit 3778, die Holzindustrie mit 4579, die Industrie der Steine und Erdöle mit 6576 Mitgliedern. Am besten haben sich die lithographischen Gewerbe und die sonstigen Berufe gehalten, die eine nicht unbedeutende Zunahme aufweisen. Ausgenommen ist hier, daß der gute Ausbau der Organisation und die allgemeine tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses im Buchdruck sowie im Lithographie- und Steindrucksgewerbe dazu beigetragen hat.

Die Ergebnisse des Krisenjahrs 1908 sind trotz der immerhin erheblichen Mitgliederzunahme keineswegs niederrückend. Bei dem großen Zustrom der Mitglieder in den vorausgegangenen Jahren war es selbstverständlich nicht möglich, diesen Mitgliederstand in den vorausgegangenen Krisenjahr zu halten. Wenn trotzdem relativ eigentlich ein geringer Mitgliederrückgang eintrat, so deutet dies von einer großen Feindseligkeit der Gewerkschaften.

Das Jahr 1909 lädt eine allgemeine Aufwärtsbewegung erhoffen. Zeigen doch die vorliegenden Abrechnungen von 5 Verbänden für das I. Quartal eine Mitgliederzunahme. Diese Motivation aller Gewerkschaftsmitglieder wird dazu beitragen, die Scharte, die das Krisenjahr 1908 den deutschen Gewerkschaften geschlagen hat, nicht nur auszuheben, sondern die Reihen zu verstärken, und die Schlagfertigkeit unserer Gewerkschaften zu erhöhen.

## „Christliches“ — „Allzuchristliches“.

Motto: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich Dir den Schädel ein.“

Obwohl wir wissen, daß auf „beiden Seiten“ (von denen wir längst wünschten, daß es nur „eine Seite“ gäbe) der Arbeiterbewegung der „christlichen“ sowohl wie der „unchristlichen“, oder der „sozialdemokratischen“, wie uns z. B. stets liebholte die „christliche“ Deutscher Arbeiterzeitung“ bezeichnet, gesündigt wird, müssen wir doch gestehen, daß uns Beispiel darüber auffliegen, ob diese Menschen, die das nachfolgend geschilderte Verbrechen auf dem Gewissen haben, jemals als Menschen gewesen sein oder es je noch werden könnten.

Es dürfte unmöglich sein, man müßte dann auf das seiner Grausamkeit mit Recht verächtliche Mittelalter zurückgehen, in Beeten, in denen der Aberglaube und die religiöse Intoleranz geprägt und begünstigt durch eine mit Hilfe des Pfaffenstuhls läufig gepflegte und zum Himmel schreitende Spiritualität der großen Volksmassen, um Analogien zu finden für einen Fall, der in dem von katholischen Königtümern geradezu triefenden Ort Niedersachsen kurzlich vorgekommen ist.

Das „Schuhmachersfachblatt“ schreibt, und wie haben dem nichts hinzuzufügen, wie folgt:

In Niedersachsen bei Bremens, einem ganz katholischen Ort mit circa 300 Arbeitern der Schuhbranche, besteht seit mehreren Jahren sowohl eine Mitgliedschaft des Centralverbandes der Schuhmacher Deutschlands, als auch des christlichen Lederarbeiterverbandes. Durch die systematische Belästigung der freien Gewerkschaft durch die Zentrumspressen und

die fühner der christlichen Gewerkschaft kann es schon wiederholt zu erheblichen Auseinandersestellungen, so dass jetzt zwischen einer Anzahl Kollegen ein gespanntes Verhältnis bestand, das leider am Sonntag, den 25. April, zu einem Auftritt mit tragischem Ausgang führte.

Die liberale „Bremenser Zeitung“ bringt einen Bericht, und welchem der Fabrikarbeiter Anton Caron Mitglied der christlichen Gewerkschaft Gelegenheit suchte, mit dem Fabrikarbeiter Job Hess Mitglied des Centralverbandes der Schuhmacher Deutschlands, mit weichem er schon seit langer Zeit auf gespanntem Fuße stand, in Streit zu kommen, indem er dem Hess an seinem Hofe gehetzte Messer zu entreißen suchte, wobei es zu Tathandfesten kam und Hess den Caron mit einem Gummirod blutig schlug.

Die beiden Brüder des Anton Caron, Karl und Christian, hören von dem Vorfall im Verkehrslokal der christlichen Gewerkschaft, bewaffneten sich mit diesen Knüppeln in Gemeinschaft mit zwei weiteren gleichgesinnten Freunden, überstießen dann zu fünf den Hess und schlugen denselben so lange, bis er sich nicht mehr regte, und ließen erst dann von ihrem Cörper ab, als die Zuschauer dieser grauenhaften Tat riefen: „Hört doch auf, er ist schon tot!“ Die Folge war, daß Hess tödlich vom Blute getragen wurde. Der Schödel war ihm eingeschlagen und er starb nach elenden Stunden.

Zu welch bestialischer Weise diese menschlichen Schaukäuse zu Werke gingen, beweist die Tatsache, daß der 68 Jahre alte Meister des erschlagenen Hess, welcher jähmerte hat, ne modisten ihn doch nicht tödlich schlagen, ebenfalls mit Knüppeln blutig geschlagen wurde.

Die an der Wordtlat beteiligten sind aus waschenden Zentrumsfamilien und sicherlich nicht von sozialdemokratischer Erziehung beeinflußt worden, das beweist am besten der Auspruch des Vaters der Webbrüder Caron, welcher bei der Aufführung der Wörter auf die Auferstehung eines Mannes, daß seine Söhne Wörter seien, gesagt haben soll: „Ich habe aber doch keine Rose gezogen, sondern lauter Samen.“

Stellen wir uns augenblicks dieses traurigen Vorfalls, der an Schauhaftigkeit und Brutalität wohl unübertroffen darstellen darf, auf den Standpunkt der Zentrumsprese und des Organs des christlichen Lederarbeiterverbands, und messen wir mit demselben Maße, so müssen wir sagen: Eine derartige Brutalität und野heit, ein derartig fanatisches Vorgehen anders Gewissens, das sind Früchte der christlichen Erziehung.

Man sollte nun meinen, daß durch diesen Vorfall die Zentrums- sowie die christliche Gewerkschaftspresse sich zu der Überzeugung ausschwören würde, daß es widerständig ist, für die Handlungen einzelner eine Partei oder Gewerkschaft verantwortlich zu machen und sie als Früchte der Erziehungs-methode derselben zu brandmarken.

Diese Erkenntnis dämmert der christlichen Presse nicht auf, das beweisen die Artikel in letzter Zeit im Bremenser Zentrumsbüll und der christlichen Lederarbeiterzeitung, denn es steht fest, daß dem Artikel schreiber der Tot schlag wohl beläumt ist, aber der fanatische Hass gegen die freie Gewerkschaft lohnt selbst die Verbrecher in seinen eigenen Reihen überzuden und den Tod als ganz etwas Nebensächliches betrachten. Wäre es ungefähr, würde die ganze Zentrumsfronta über die Früchte sozialdemokratischer Erziehung donnern mit dem Motto: „Willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich Dir den Schädel ein.“

Es ist notwendig, bei der Verleumdungswut seitens der Christlichen sich derartige Vorfälle zu merken, um den Christlichen nachzuweisen zu können, in welchen Reihen die Schädelfeinfäßer zu finden sind.

Als Ergänzung dieser feigen Wordubuntatifik der Zentrumsdruckschriften veröffentlichen wir noch folgenden Vorfall:

Auf der vor kurzem tagenden Kreisversammlung der sozialdemokratischen Organisation des Reichstagswahlkreises Bremen-Lüdinghausen, wo vor kurzem der „Zentrumsfürst“ Arenberg gewählt wurde, ward als Beispiel des Zentrumsfanatismus folgender Fall mitgeteilt:

In der Nähe von Bremen in einem organisierten Holzarbeiter beim Flugblattverbrecher von sechs Zentrumsleuten überfallen und derartig schwer mishandelt worden, daß der Tod des Parteigenossen, der im Bremser Krankenhaus liegt, jeden Tag eintritt. Die „brauen“ Zentrumsleute haben den Schwermisshandelten die ganze Nacht hilflos auf der Landstrafe liegen lassen.

Vor nicht langer Zeit forderten Zentrumsblätter ihre fanatisierten Anhänger auf, sozialistische Flugblattverteiler durchzubläuen. Das sind die Früchte dieser Erziehung.

Wölterhauß.

Durch Zonne trennt man Heiden auf der Weide,  
Nach Grenzen, die durch Herrschermaut sich ändern,  
Nach Herstellung, Zittern, Sprachen und Gewändern  
zieht man der Menschheit bunte Wölferidee.

Doch Gott will nicht, daß Volk und Volk sich meide,  
Das Meer bis zu des Erdalls fernsten Rändern  
Wagt als Vermittler zwischen allen Vändern,  
Es treunt zwei Welten und vereinigt beide.

Allmählich kommt die tiefe Kunst  
Trennt Wolf und Wolf. Wie Gras auf beiden Seiten  
Wachst die Farbe, die das Freude weidet.

Doch hohe Bäume ragen durch die Luft,  
Die Zweig und Kronen sich entgegenbreiten.  
Der Haust nicht achtend, die die Wurzeln schüdet.

A. Wodenkoff

## **Rechtsprechung.**

**Gewerkschaften und Krautentassen.** Es ist in letzter Zeit schon des öfteren in den Arbeitgeberblättern berichtet worden, daß einzelne Behörden durch ihre Entscheidungen die Gewerkschaften als Krautentassen angeprochen haben und es als zulässig erklärt, Abzüge am Krankengeld wegen Doppelversicherung vorgenommen.

Derartige Entscheidungen verfeinern natürlich nicht nur die klare Rechtslage, sondern auch den Zweck der Gewerkschaften. Um aber innerhalb ein überinhaltliches Urteil herzuführen, ist in letzter Zeit in einem solchen Falle das Sächsische Oberverwaltungsgericht angerufen worden, welches nunmehr eine hoffentlich allgemein anerkannte Rechtslage geschaffen hat.

Diefer Entscheidung liegt, wie das „Correspondenzblatt“ berichtet, folgender Sachverhalt zugrunde:

Der Steindrucker D. arbeitete bei der Firma B. zu Bautzen gegen einen Wochenlohn von 30 M. Nach dem Statut gewährt die Fabrikantenkasse ein Krankengeld in Höhe von zwei Dritteln des wöchentlichen Arbeitsverdienstes. D. erkrankte, belam aber nur Krankengeld in Höhe von 16 M., also 4 M. weniger als das Statut befugt. Auf eine Beschwerde antwortete der Kassenvorstand, man habe D. nur nach einem Einkommen von 24 M. in der Kasse versichert, da er noch Mitglied der Krankenkasse des Senefelder Bundes, Verband der Lithographen und Steindrucker, sei und habe eine wöchentliche Unterstützung von 12 M. beziehe.

Gegen diese offenkundige Gesetzesverletzung et  
hoben wir Beschwerde bei dem Stadtrat zu Pauen.  
Dieser hob nun aber keineswegs den Beschluss des  
Hofsvorstandes auf, sondern änderte ihn nur dadin  
ab, daß die Fasse verpflichtet wurde, statt 18 Ml.  
Krankengeld 18 Ml. zu zahlen. Die Begründung  
der hofstaatlichen Entscheidung lassen wir im Aus-  
zug folgen:

„T. bezog einen Wochenlohn von 30 M<sup>l</sup>. und hatte nach dem Kostenstatut 20 M<sup>l</sup>. Unterstüzung zu beanspruchen. Hierzu erhielt T. von der Krankenklasse des Senatsrates noch 12 M<sup>l</sup>. pro Woche, so daß dann kein weiterer Arbeitsverdienst um 2 M<sup>l</sup>. überschritten worden wäre. Die Jahreskostenfalle konnte insgesunden nur diesen überschreitenden Beitrag von der Krankenunterstützung in Höhe von 20 M<sup>l</sup>. fürzunehmen. D<sup>r</sup> mußte also statt 16 M<sup>l</sup>. 18 M<sup>l</sup>. Unterstüzung bekommen.“

Gegen diese Entscheidung reichten wir sofort Klage ein bei der Königlichen Kreishauptmannschaft zu Bautzen, allerdings ohne den gewünschten Erfolg. Die Verurteilung wurde abgewiesen mit folgender, die Allgemeinheit interessierenden Begründung:

„Ungutreichend ist der Einwand des Klägers, § 26a des R. V. G. sei an vorliegenden Fall nicht anwendbar, weil der R. V. keine Kasse im Sinne der Gesetzesbestimmung sei. Die Stützung des Krankengeldes wegen Doppelversicherung tritt auch dann ein, wenn die anderweitige Versicherung bei einer dem Gesetz nicht genügenden Hilfskasse stattfindet. Der Kläger sucht nun zwar die Gewährung von Krankengeld seitens des Bundes so einzustellen, als ob die Mitglieder kein flagbares Anrecht darauf hätten. Diese Auffassung scheint allerdings durch den Wortlaut des Status, nach welchem der Vorstand die Unterstüzung nur gewähren kann, und wonach den Mitgliedern ein flagbares Recht darauf nicht zusteht, geführt zu werden. ... Es mag dahingestellt bleiben, ob nicht trotzdem den Mitgliedern vom Gerichte eine Unterstüzung zuerkannt werden würde, weil es als gegen die guten Sitten verstörend angesehen werden könnte, daß die Mitglieder rechtlich verbunden sind, ihre Beiträge zu zahlen, dagegen irgend eine Sicherheit auf Gewährung der in Aussicht gestellten Unterstüzung nicht haben sollen. Es steht fest, daß Kläger tatsächlich gleichzeitig anderweitig gegen Krankheit versichert ist, und daß die Mitglieder beim Vorhandensein der katholisch-mährigen Voraussetzungen auch stets die Unterstüzung erhalten haben, wie sie auch vorliegendenfalls der Kläger erhalten hat. Nach allede-

und die Voraussetzungen des R. V. G. gegeben und ist die Abweisung der Klage berechtigt."

Gegen diese Entscheidung legten wir Berufung ein. Das Sächsische Oberverwaltungsgericht hat am 31. März entschieden, daß der Berufung stattzugeben sei, und die Krankenlasse verurteilt, Krankenleid zu zahlen, ohne Rücksicht auf Unterstüzung, welche D. aus der Kasse des Senefelder-Bundes bezieht. Das Urteil ist sehr gut begründet. Da die Anstrengungen von weitgehender Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung sind, lassen wir sie im wesentlichen folgen:

Bei der Zuschläge ist die Entscheidung über die Verurteilung lediglich von der Haftverantwortung der Frage abhängig, ob der Kläger während der Zeit, wo er Mitglied der beschuldigten Kasse war, infolge seiner Zugehörigkeit zum S. B. gleichzeitig anderweitig gegen Krankheit verhöhlt war. Der Vertreter des Klägers vertreibt dieses. . . Das Oberverwaltungsgericht schließt sich den Ausführungen des Klägers und der herrschenden Auffassung an und erachtet es nach dem, was sich über die Organisation des S. B. aus dessen Statut ergibt, insbesondere als zweiflos, daß dieser Verbund mit seiner allgemeinen Nutznießungsabsicht an sich als eine selbständige Versicherungseinrichtung als eine „anderweitige Versicherung“ im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes nur angesehen werden kann, wenn den Mitgliedern ein Recht auf die Unterstützung eingeräumt worden ist. . . Bevor jedoch auf diese Frage näher eingegangen wird, erscheint es mit Rücksicht auf die tatsächliche Gestaltung des Falles zweckmäßig, zunächst die von den Parteien in den Vordergrund gestellte Frage zu beantworten: Hatte der Kläger einen Rechtsanspruch auf Bewilligung der laut Verbandsstatut versprochenen Unterstützung, oder handelt es sich nur um eine freiwillige Leistung. . . Fazit man zunächst die Vorleser des Verbandsstatuts ins Auge, so lenichtet es ohne weiteres ein, daß sich die Ausführungen der Beschuldigten nicht rechtfertigen lassen. Das ergibt sich insbesondere schon aus der, durch seltenen Druck hervorgeholten Bestimmung des Status, wonach „alle Unterstützungen freiwillig sind“ und „keinem Mitglied ein gerichtlich klagbares Recht oder sonst ein Rechtsanspruch zusteht“.

Auch das Wort „kann“ und „der Hauptverband beschließt endgültig über die Leistung von Unterstützungen“ steht der bestätigten Ausfassung entgegen. Weiter spricht gegen sie, daß „alle Streitigkeiten zwischen Mitgliedern und Verband ausdrücklich von den Beleidungsorganen des Verbandes entschieden werden.“ Es muß danach angenommen werden, daß den Leistungen des Verbandes die Eigenschaft rechtlicher Verpflichtung ein für allemal verlust sein soll und daß alle erwähnten Geldentstehungen nur als „Unterstützungen“ angesehen sind, welche den Mitgliedern in Aussicht gestellt werden. Die Mitglieder können beim Nachweis der Voraussetzungen zwar regelmäßig auf Gewährung rechnen, sie dürfen sie auch fordern, es fehlt ihnen aber die Möglichkeit, sie zu erwingen, weil ihre „Vorwerfe“ der Rechtsgrundlage entbehren. ... Es wird auf dem Gebiete des Versicherungswesens vielfach zwischen „Rechtsanspruch“ und „Anspruch“ unterschieden und zwar in dem Sinn, daß man unter Rechtsanspruch „etwas mehr und etwas anderes“ versteht, als unter einem „Anspruch“, d. i. Befugnis eine Leistung zu verlangen. ... Im Streitfall

ist aber eine gerichtliche Verfolgung seitens der Mitglieder ausgeschlossen und nicht einmal die Errichtung eines Schiedsgerichtes zulässig, durch welche ein Anspruch wenigstens mittelbar unter den Schutze der allgemeinen Rechtsordnung gestellt würde. Hieran kann man das bestehende Verhältnis als ein solches bezeichnen, das „nicht auf Recht, sondern auf gegenwärtiges Vertrauen beruht“ und das keine rechtlichen, sondern „moralische“ Ausprüche erzeugt. Die Beilage kann auch nicht gemacht machen, das Statut verstoße gegen die öffentliche Ordnung, denn es enthält keine ungültige Ausübung des Rechtsweges, weil ein Rechtsanspruch gar nicht zur Entstehung gelangen soll. Die Frage, ob gewerkschaftliche Organisationen, die auch Unterstützungsvereinigungen besitzen, als bloße Unterstützungsvereine oder aber als Versicherungsvereine und darum als genehmigungspflichtig (Conzessionspflichtig) anzusehen sind, hat schon seit langen Jahren eine bedeutende Rolle in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung gespielt. Die Verbände waren daher bestrebt, jede Einmischung der Polizei in ihre Angelegenheiten auszuholen und mehrheitlich nach Kräften gegen die ihnen mehrfach angesessene Genehmigungspflicht, und zwar mit Erfolg. Man sieht gewerkschaftliche, genossenschaftliche und vereinsrechtliche Organisationen nur dann als genehmigungspflichtig an, wenn sie nicht bloß „Unterstützungen“ in Aussicht stellten, sondern wenn sie einen „Rechtsanspruch“ eingeräumt. Die Auffassung ist auch vom Kommissar des Bundes-

reates erkannt worden und hat dann die  
nahme gefunden im Gesetz über die pri-  
sicherungs-Unternehmungen. Die hau-  
Bemerkungen, welche die Entstehung von  
anprüchen ausschließen, lassen sich aus  
wegen bestanden, weil sie öffentliche  
denn Zweck geschaffen sind, um in der  
Aufsicht zu entziehen. Denn ein solcher  
grund eutheit für sich allein noch keine und  
Umsetzung des Gesetzes. Tak die im Ge-  
oden vertretene Auslegung der Sätze  
unter Umständen zu einer Verfehlung  
einen oder anderen Mitgliedes führen  
nicht zu beweisen, denn es steht jede Art  
die Erfüllung eines „Anspruches“ zu  
Gleichwohl kann hierauf kein ausdrückliches  
Gewicht gelegt werden. Denn einmal muß  
sich von jedem, der das Statut prüft, die  
Anwendung geringer Aufmerksamkeit erfan-  
den, und sodann besteht vor allem ein zwis-  
öffentlichen Interesse, diejenigen, welche da-  
her wünschen, daß die Befriedigung ihrer  
Wünsche von dem guten Willen ihrer  
und dem Stande der Rechte abhängen,  
schung zu bewahren.

Die Befragte hat nun eingewendet, daß die Befürderung ihres Rechtsanwaltpunktes, daß der Verband bisher in allen Fällen unanstandslos die Entlastungen gewährt habe. Dies ist vom nicht bekräftigt worden. Allein aus der als erfolgten Befriedigung kann keinesfalls die Erkenntnis einer Rechtspflicht gefolgert werden.

„... Es ist also allenfalls davon zu geben, daß dem Kläger kein Rechtsanspruch gegen den Verband galt. ... Nun muß noch auf die Frage näher eingegangen werden, ob eine „anderweitige Versicherung“ im Sinne Art. V, C einen solchen Rechtsanspruch zur Befreiung macht.“

Hierbei darf nicht bestritten werden, daß eine solche Doppelbelohnung ein großer schaftlicher Vorteil gegeben ist. Das A. zweist aber, „dem Anreiz zur Werbungsbeteiligung mit Entschiedenheit entgegenwirken.“

Gleichwohl ist es nicht ausgeschlossen, bei den  
versicherungen auch an solche Unterstüzung zu  
denken, auf die der Verkäufer hofft. Zumindest müsste in jede Versicherung eine aus-  
wählbarkeit bestehen oder eine wichtige Bedeu-  
nung, so die Bevollmächtigung nur vom Beliebten  
Bereitschaftsvertrages abhängig ist, ebenfalls  
fruchtbar erkannt werden.

Run sieht aber das **R. B. G.** es in das  
messen der Krankenfassen, ob man dem Wiss-  
der **Doppelversicherungen** vorbeugen will.  
Überlässt es den Fassen, von ihren Mitgliedern  
Anmeldung einer weiteren Versicherung zu  
dern oder nicht. Darum erhebt aber, daß **den**  
gezeigte die finanzielle Verantwortung, **die**  
die Doppelversicherung durch Simulation mit  
bringen kann, für die Krankenfassen nicht so  
einschlägt. Denn sonst würde er die Dopp-  
versicherung verbieten haben... Versichern  
„ganz sicher machen“. Wenn aber der **R. B.**  
keinen Rechtsanspruch auf die Unterstützung  
so ist seine Sache eben nicht „ganz sicher“ gewo-  
Nach diesem kann der **S. V.** nicht als Be-  
rungsverein angesehen werden, sondern als Un-  
kündungsverein... .

Danach war das Urteil der K. Kreishauptmannschaft und die Entscheidung des Stadtrates aufzuheben und der Beklagten die Kosten aufzulegen."

Durch dieses mit durchdringenden Gründen  
ebene Urteil dürfte hoffentlich allen Freunden  
Befämpfung der Unterstüzungsklassen der Arbeit-  
schaft und damit der Gewerkschaften der Geschäft-  
gegraben sein.

Andererseits dürfte dieser Vorgang wieder  
und deutlich zeigen, wie schwer unsere Mit-  
geschädigt worden wären, wenn unser Verba-  
zeln, wovor wohlgemeinten, aber die Rea-  
 nicht berücksichtigenden Anträgen auf der

**Ein Schiedsspruch gegen den Terroristischen Unternehmer.** Das Einigungsamt des Obergerichts München hat zu den Differenzen im dneuer Baugewerbe folgenden bedeutenden Schiedsspruch erlassen: Während der Dauer Tarifvertrages ist die Neu einführung aller seitigen Baumgewerbegegn unzulässig, also auch Schaffung eines Arbeitsnachweises des Arbeitsverbandes, soweit dessen Benutzung für das gehoben von Arbeitsverhältnissen obligatorisch wird, ebenso alle Sperren, die seitens der Arbeitgeberorganisation wegen dieses Arbeitsverbandes herabhängen werden. Zweitens hat der Verband Arbeitgeber für das Baugewerbe deshalb unzulässig das Vermittelungsmonopol seines Arbeits-

landes, Zweigverein Münzen, die deswegen vor hängte Sperrre wieder aufzuheben.

Dieser Schiedspruch ist eine moralische Verurteilung des terroristischen Vorgehens der Arbeitgeberorganisationen. Die beiden Organisationen haben sich auf Grund des Tarifvertrages dem Schiedsprache zu unterwerfen.

## Welchen Wert hat Kost und Logis?

Die Organisation der Friseurgehilfen in Bremen hat mit einem Teil der Arbeitgeber einen neuen Geldlohn von wöchentlich 21 M. vereinbart. Die Innungsmeister weigern sich, keinen Geldlohn zu zahlen, die Gehilfen aber wollen keine Stellen annehmen, die mit dem Kost- und Logiszwang verbunden sind. Der Arbeitsnachweis der Innung ist deshalb um Arbeitskräfte in Verlegenheit, trotzdem durchaus kein Mangel an Gehilfen ist, und sucht nun im "Breslauer Generalanzeiger" tüchtige Friseurgehilfen im Alter von 18 bis 25 Jahren, für gute Stellen bei einem Wochenlohn von 10 M. Entmender die zu besetzenden Stellen sind tatsächlich gut wie in dem Annerat angegeben, und wenn dies der Fall, muß Kost und Logis mindestens 11 M. pro Woche wert sein. Dann aber bestände für die Innungsmeister durchaus keine Ursache, die Zahlung reinen Geldlohns zu verweigern — und in Breslau Gehilfen zu suchen. Oder aber, was das Annerat im "Breslauer Generalanzeiger" als wahrscheinlicher erachtet, die Kost und das Logis, die sie den Gehilfen geben, sind zumeist 11 M. wert und die Stellen können dann nicht gut sein. Aedenfalls sind die den Bremer und Hamburger Gehilfen nicht gut genug, weshalb die Zopfgeister in Bremen 700 Kilometer weit in die Ferne schweifen müssen, um Arbeitskräfte zu bekommen, für die ihnen ihre Stellen noch immer gut genug scheinen, wenngleich die Kost und das Logis minderwertig sind, da die Herren selber diese Naturalleistungen unter einem Werke von 11 M. pro Woche einschätzen.

Auch in unserem Berufe, namentlich aber in den Kleinstädten, besteht der Kost- und Logiszwang noch vielfach ungestrichen fort und wenn auch zuhause gegeben werden kann, daß es auch heute noch einzelne Arbeitgeber gibt, die es weit von sich weisen würden, den Arbeitern "Hundefutter" vorzusehen, so müssen doch selbst die exponiertesten Sobeine des patriarchalischen Systems zugeben, daß auch auf diesem Gebiete die "gute alte" Zeit nicht "alt" zu werden beginnt. Je größer die Betriebe und je treuer durch unsere famose Handelspolitik die Preise für die notwendigsten Lebensmittel werden, desto größer ist für die Kost- und Logisgeber die Verjüngung, Material für die Verköstigung von Menschen zu erwerben, das ein halbwegs gut ergötzter Hund nur lippeschüttelnd betrachten würde. Wie dieses "Leute"-Eßen" vielfach beschaffen ist, zeigte wieder einmal in geradezu ekelregender Weise eine Gerichtsverhandlung in Münzen. Einem Bericht der Zeitschrift "Gegen den Kost- und Logiszwang" entnahmen wir folgende sottige Proben über die dem Personal gebotenen "Genüsse":

Angeflagt ist die Hotelierfrau Schweizer, die das Kurhotel in Töls bewirtschaftet. Hier einige der wichtigsten Bezeugnissen: (Es waren geladen: Kellnerinnen, Barmixerinnen, Köchin, Koch, Badefrauen usw.): Das verabreichte Fleisch hat häufig gestunken. Ein Haxbraten roch so übel, daß ich mich übergeben mußte. Der Haxbraten war überhaupt von allen gefürchtet; sie sagten, sie hungern, als davon essen. Wie haben uns oft bei der Kaffee-Röhrchen beschwert, die uns aber erklärte, die Frau Schweizer gebe kein anderes Fleisch. Die Speisen für uns wurden aus den Abfällen bereitet, die die Gäste und die Kranken auf den Tellern zurückgelassen hatten. Ein Teil dieser Abfälle wurde an arme Leute oder nur gegen Bezahlung abgegeben. Einmal fanden wir im Essen einen Bauchfrosch. Auf einer Sauce, die uns vorgesetzt wurde, zeigte sich bereits Schimmel.

Die Kaffee-Röhrchen sagten aus: Alles, was auf den Platten und den Tellern, aus denen Gäste und Kranken gegessen hatten, zurückkam, wurde für die Dienstboten in Kübel gesammelt und vorerst in den Speisenschrank gestellt. Von da gab mir Frau Schweizer her, was ich für die Dienstboten vorarbeiten mußte. An einem Gänsebraten, den mir Frau Schweizer für die Dienstboten gab, waren Würmer. Der Sachverständige lädt sich die Würze der vorgefundene Würmer beschreiben, und schämt danach, daß die Würmer schon 5 bis 8 Tage alt gewesen sein müssen.

Kochin Koller bekundet: Die Fleischreste wurden gesammelt, teils zum Hundefutter, teils für uns. Frau Schweizer nahm aus dem Hundefutter die Stücke, die ihr zu gut schienen, wieder heraus. Der Haxbraten wurde sehr stark gewürzt, damit man nicht das faulende Fleisch riechen sollte. Einmal wurde für das Personal eine Rindsniere ge-

zahlt, die war schon damals ganz grün. Einer Lunge, die nicht mehr ganz sauber war, wurde sowohl Fisch zugesetzt, daß der, der davon aß, die Nase rauh wurde. Während die Lunge gekocht wurde, roch es so schlecht, daß sich die Leute im Garten beschwerten. Frau Schweizer brachte diese Lunge selbst an.

In dieser Weise geht es weiter. Der Sachverständige sagt, daß das verabreichte Fleisch im hohen Grade gesundheitsschädlich sei. Die Kurgäste in Töls leiden zum Teil an alten Geschlechtskrankheiten, die Anstrengungen gehr werden deswegen für die Dienstboten eine sehr große.

Der Staatsanwalt beantragt 2 Monate Gefängnis, darüber mild genug für ein derartiges Verbrechen an menschlicher Gesundheit.

## Ausland.

### Gewerkschaften der Sattler in Großbritannien.

Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist in Großbritannien wohl ungefähr gleich hoch wie in Deutschland; sie betrug 1898 1.688.531, 1899 1.848.570, 1900 1.955.704, 1901 1.966.761, 1902 1.953.307, 1903 1.931.043, 1904 1.865.109, 1905 1.920.373, 1906 2.113.806 und 1907 2.067.746. Der größte Teil der Mitglieder entfällt auf wenige Verbände; Ende 1907 waren von den Organisierten allein 701.311 Bergarbeiter, 376.805 Metallarbeiter, Maschinen- und Schiffbauer, 354.427 Textilarbeiter, 238.813 Transportarbeiter, 193.190 Bauarbeiter, 86.800 Bekleidungsarbeiter, 68.221 Druck- und Papierarbeiter und 403.180 Arbeiter anderer Berufe. In letzter Zeit wurde mehr Gewicht darauf gelegt, die Arbeiter der anderen Berufe für die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen, als es früher der Fall war. Einer der Beweise hierfür ist, daß in dieser Gruppe 1908 erst 264.074 Arbeiter den Gewerkschaften angehörten, gegen 403.180 1907, was eine Zunahme um 30 Proz. entspricht.

Die Zahl der selbständigen Gewerkschaften, die Ende 1908 1.287 betrug, ging auf 1.173 Ende 1907 zurück. Nur ganz langsam vollzieht sich der Zusammenschluß der gewerkschaftlichen Kräfte. Es ist jedoch zu bemerken, daß bereits 1907 die 45 Verbände, die mehr als je 10.000 Mitglieder haben, insgesamt 1.500.184 Mitglieder, das sind 63 Proz. der Gesamtzahl, umfaßten.

Um die Organisation der Sattler ist es in Großbritannien schlecht bestellt; es sind viele Vereine aber wenig Mitglieder da. Eine Liste der von 1908 bis 1907 bestehenden Organisationen der Sattler, mit Angabe der Mitgliederzahlen, geben wir nachstehend wieder:

Bezeichnung der Gewerkschaften	Mitgliederzahl am Jahresende				
	1903	1904	1905	1906	1907
Saddlers, Harness Makers, Collar Makers etc.	891	706	738	692	680
London Saddle and Harness Makers	462	412	388	358	342
London Horse Collar Makers	40	36	30	28	—
Birmingham Horse Collar Makers	20	21	20	16	17
Walsall Horse Collar Makers	85	70	70	46	46
Birmingham Whip Thong Makers	61	48	60	52	43
Walsall and District Saddle Saddlers	182	107	109	154	148
Walsall Harness Makers	225	45	—	—	—
Walsall New Brown Saddlers	387	287	200	200	180
Leeds Horse Collar Makers	11	11	10	5	—
Manchester Horse Collar Makers	14	14	34	14	14
Walsall Female Harness Stitchers	206	—	—	—	—
Walsall Bridle Cutters	186	90	52	40	—
Walsall Saddle Tree Makers and Riveters	41	41	40	31	16
Dublin Saddle and Harness Makers	82	85	75	90	67
Insgesamt	297	203	184	172	1547

Der Verein Walsall Female Harness Stitchers (Pferdegegenwärtnerinnen) wurde 1904 aufgelöst, der Verein der Walsall Harness Makers (Sattler von Walsall) im folgenden Jahre; die London Horse Collar Makers (Kunstmacher, London) hörten 1907 zu bestehen auf, ebenso die Leeds Horse Collar Makers (Kunstmacher, Leeds) und die Walsall Bridle Cutters (Jüngelmacher von Walsall); die Walsall Saddle Tree Makers and Riveters (Kunstmacher usw.) lösten sich 1908 auf.

Die Gesamtmitgliederzahl, welche Ende 1908

2927 betrug, sank bis Ende 1907 auf 1547. Der Verlust war also ein sehr beträchtlicher.

Unter den britischen Sattlergewerkschaften befindet sich nur ein Verband mit mehreren Ortsgruppen, und zwar ist das die Union of Saddlers, Harness Makers, Collar Makers, Bridle Cutters, Mill Band Makers, and Leather Workers in Saddlery,\* die in der Tabelle zuerst genannte Organisation, welche seit 1888 besteht; sie hat 24 Ortsgruppen und ihr Sekretär ist G. Ollier, 32

\* Verband der Sattler, Pferdegegenwärtner, Kunstmacher, Jüngelmacher, Leinwandmacher und Sattlerarbeiter.

Greenhill Road, Cheetham Hill, Manchester. Die zweitstärkste Organisation, die London Saddle and Harness Makers Society, wurde 1872 gegründet, ihr Sekretär ist J. T. Morrison, 11 Maxwell Road, Fulham, S. W., London. Beide Vereinigungen sind in Gemeinschaft mit dem Gewerkschaftsjahr eingetragen. Alle anderen Vereine der Sattler sind von ganz untergeordneter Bedeutung. Bissher wurde auf die Verschmelzung dieser Volksvereine mit dem Centralverband nicht viel Gewicht gelegt und es ist auch sehr schwer, sie zum Aufgeben ihrer Selbstständigkeit zu veranlassen; daran wird festgehalten, selbst wenn diese "Selbstständigkeit" gleichbedeutend mit wirtschaftlicher Einführunglosigkeit ist. F.

Die ausgetragene Auspaltung der Sattler in Bern (Schweiz). Frühmutter ihres Berufes der Stadt Bern in der "freien" Schweiz zu sein.

Am 1. November d. Js. läuft nämlich der zwischen unseren Kollegen und dem Städternischen Sattlermeisterverein vor etwa drei Jahren abgeschlossene Arbeitsvertrag ab. Wie in der gesamten Kulturland, so wütet und wütet noch froh aller Besserungspropheten die wirtschaftliche Krise auch in dem Industrielande, der Schweiz. Unsere Kollegen haben aus dem Grunde auch die Absicht gehabt, den Vertrag fristlosig um ein Jahr zu verlängern. Man wird ausgetragen müssen, daß unter heutigen Verhältnissen und nahezu den der letzten drei bis vier Jahre, es ein fast über großes Maß von Bescheidenheit darf, wenn man vier lange Jahre zu arbeiten gewillt ist, ohne eine Lohnaufbesserung, beginnend, Besserung des Arbeitsverhältnisses überhaupt beanspruchen zu wollen. Aber Bescheidenheit ist eine Rie, doch weiter kommt man ohne ihr, diesen Wahrspruch haben sich die edlen stadtbernerischen Krauter zu ihrem obersten Sinn und Weispruch erwählt. Zeit oder nie, dachten die Krauter, kann man die "Uボトマヒゲ", wenn auch nicht dauernd, so doch wahrscheinlich für einen längeren Zeitraum, unschädlich machen. Der 9½-stündige Arbeitstag ist es, der es ihnen angetan hat. Die Herren sind der Meinung, daß es den Gesellen in dieser Zeit nicht möglich ist, soviel zu arbeiten und für das Geschäft herauszufinden, daß der Sattlermeister standesgemäß und zweckentsprechend leben kann. Man will unter allen Umständen den Zehntundtag wieder einführen. Dah man jetzt schon unseren bernischen Kollegen die Auspaltung androht, kann aus verschiedenen Gründen geschehen sein, die wir an dieser Stelle aber nicht erörtern wollen, um unserer Kollegenschaft keine Schwierigkeiten zu bereiten. Wir sind auch der Meinung, daß unsere dortigen Kollegen ihre Pappenheimer schon genügend kennen werden, um zu wissen, welches die geeignete Methode ist, die Herren, denen der Name arg geschworen zu sein scheint, wieder ins Land der Wirklichkeit zurückzuführen. Von unseren reisenden Kollegen erwarten wir, daß sie die Hoffnungen, die unsere Schweizer Kollegen auf sie sezen, nicht zu schanden machen werden. Wir ersuchen, schon jetzt Arbeitsangebote nach Bern nur durch die Vermittlung der dortigen Organisation zu berücksichtigen.

Auskunft erteilt A. Spiegelberg, Bern, Großenriedweg 14 (auch im Volkshaus von 7-8 Uhr).

## Berichterstattung über Kongresse.

Belohnlich hatten auch wir anlässlich unserer Generalversammlung in Köln schwer zu klagen teils über das gänzliche Versagen der Berichterstattung für die Presse überhaupt, teils über mangelhafte, direkt kündende Zusammenfassung der Berichte. Zum Teil sind einige solcher Vorlesungen ohne weiteres verständlich, denn nicht allzu viele sind in der Lage, über tagelange Verhandlungen, über Materien, die dem Außenstehenden Neuland sind, objektiv und aufschlußreich zu berichten. Zu argen Differenzen ist es in dieser Angelegenheit zwischen dem Metallarbeiterverband und der "Leipziger Volkszeitung" gekommen. Es ist sehr schwer zu entscheiden, wer eigentlich das Garnidel ist, das angefangen hat. Man hat schon die verschiedenen Darstellungen darüber gelesen. Die Sache ginge uns ja auch kaum etwas an, wenn nicht die Leipzigerin, die wir in mehrfacher Beziehung durchaus hoch schätzen, in ihrer bekannten temperamentvollen Manier das Kind mit dem Bade ausdrückte. Wir glauben nicht an die Unfehlbarkeit des Papstes, aber auch nicht an die der Gewerkschaftsbeamten, müssen aber nichtsdestoweniger ganz entschieden dagegen protestieren, daß es etwas "Ubo" werden sollte, in dieser Weise Streitfälle zu schlichten. Das sollte doch auch für die Zukunft das unbestrittene Feld der München-Gladbacher Schimpfapostel bleiben, mit denen ja die "A. B." doch auf die Dauer nicht konkurrieren könnte. Also wozu? Die "Leipziger Volkszeitung" schreibt wie folgt:

"Wenn Delsing einmal ein Buch schreiben wollte über das Thema: Gutes aus schlechten Büchern, so könnte man jetzt versucht sein, eine Abhandlung zu

schreiben über das Thema: Das Rückliche einer schädlichen Taktik. In der Tat hat die Genossen Schäde und die Generalversammlung der Metallarbeiter mit ihrer Taktik, die sie zur Abwürfung der Maifbeiter eingeschlagen haben, dieser Forderung genügt als geschadet; denn sie haben die gesamte deutsche Arbeiterschaft auf die geheime Maiflairarbeit außerordentlich gemacht, die seit Jahren in gewissen Gewerkschaftskreisen, und vor allem in der Verbandsleitung der Metallarbeiter, gegen das Maifel der Arbeit intensiviert betrieben wird. Den deutschen Arbeitern aber ist die Maifbeiter viel zu sehr ans Herz gewachsen, als dass sie geneigt wären, sich ihr jetzt durch eine noch so raffinierte Taktik einiger ihrer „Führer“ verhandeln und verschlammeln zu lassen. Sie werden ihnen ein dauerndes bis herben und nicht weiter zurücksetzen, mag auch der Konsul und der Domäne einiger dieser gewerkschaftlichen Emporionen und ihre Beratung des großen Pöbels da draußen noch so grobsinnig angenommen haben. Magte doch schon der Delegierte zur Hamburger Generalversammlung der Metallarbeiter Dittmann-Hamburg, über die „Selbstverantwortlichkeit der Zeitung“ und die „unwidrige Bekundung der Kollegen“, was ihm freitlich von dem Vorliegenden Schäde nur die erhobene Bekundung eintraf, dass man ihn nicht ernst nehme. Aber freilich! Schäde nimmt ja auch die Parteipresse „nicht ernst“, wenn sie gegen seine dünkelhaften Bekundungsversuche protestiert! Bissher war für diesen Hochmutschef kein Raum in der Arbeiterbewegung. Es gilt als die widerlichste Eigentümlichkeit von Kolonialasseuren und Regierungsräten, Wogen die deutschen Arbeiter dafür sorgen, dass sich dieses Parteiprogramm nicht in den Kreisen ihrer „Führer“ festsetzt.

Leipziger Gewerkschaftskreis wie Preßkomitee haben sich gegen diese Art „parteigenössischer“ Taktik gewandt. Wie hoffen aber, doch aus diesem Anlass die Zentralvorstände oder auch die Generalkommission für die Zukunft eine Neuregelung der Rechtsituation in Erwägung ziehen. Vielleicht kann das Pressebüro dazu Beweisung finden. jedenfalls bedarf die bisherige Kongressberichterstattung dringend einer anderenweiten Regelung.

### Rundschau.

**Amtliche Warnung vor unsicherer Hilfskasse.** Der Kasseler Regierungspräsident erlässt eine Warnung vor der Deutschen Rentenunterstützungskasse, S. 3. Kassel. Diese Kasse hat im ganzen Deutschen Reich Mitglieder. Der Regierungspräsident stellt fest, dass die Kasse 1907 eine Jahreseinnahme von 33.868 M. hatte. Dem standen allein an Vermögensposten 25.635 M. gegenüber. Im Jahre 1908 hatte die Kasse eine Einnahme von 182.679 M., Vermögensposten 112.965 M., also 70 resp. 63 Proz. der Einnahme für Vermögensposten aufgewendet. Im Aufschluss an diese Feststellung sagt der Regierungspräsident: Die bestehenden geplünderten Bestimmungen bieten keiner Handhabe gegen die Kasse wegen der verhältnismäßig hohen Vermögensposten vorzuziehen. Es erscheint aber geboten, das Publikum darauf hinzuweisen, dass die Kasse drei Fünftel ihrer Einnahmen für Vermögensposten aufwendet. Vor dem Eintritt in diese Kasse ist daher zu warnen. – Die Zahl der Kassenmitglieder in Kassel hatte, nachdem man das wahre Wesen der Kasse erkannt hat, bedeutend abgenommen. In Berlin besteht eine sogenannte Betriebsdirektion dieser Hilfskasse.

**Belgien und das Deutsche Reich.** Die Bewohner des zweiten Belgien, Holland und Preußen liegenden Landchens Neutral-Moresnet wollen keine Preußen werden. Die Aufteilung dieses neutralen Gebietes zwischen Belgien und Preußen ist aus Anlass eines Vorschlags Preußens wieder Gegenstand lebhafter Erörterung geworden. In dem Landchen leben 1675 Deutsche, 1478 Belgier, 413 Holländer und 416 Neutralen. Die Verkehrsprache ist deutsch. Trotzdem verlangen die Einwohner, wenn man sie nicht selbstständig lassen will, Belgien statt dem Deutschen Reich angegliedert zu werden und zwar, weil in Belgien freiheitlichere Zustände herrschen, und weil die Lebenshaltung dort viel wohlfester ist. Die Zulassung an Deutschland würde jeder Arbeiterfamilie eine jährliche Mehrausgabe von 150 bis 200 Franken verursachen, eine Zuteilung an Belgien dagegen pro Jahr und Familie noch eine Verbilligung um 50 bis 100 Franken bringen. Deutlicher kann man die Wirkung der im Interesse der Schnapsuntergeschaffenen Lebensmittelzölle in Deutschland nicht gut darstellen.

**Eine neue gelbe Gründung der Maschinenfabrik in Augsburg.** Die Direktion der Maschinenfabrik Augsburg, von der die gelbe Bewegung in Deutschland ihren Ausgangspunkt genommen hat, ist nun mit einer neuen gelben Gründung an die Hoffe gekommen — die Gründung eines gelben Beamtenvereins ist Tatsache geworden. Die Veran-

lassung bezw. den Anstoß hierzu geben die für Anfang Juli in Aussicht stehenden Wahlen der Mitglieder zum Ausschusse der Handlungsgesellschaften und technischen Angestellten bei der Handelskammer Augsburg. Die Gründung der gelben Beamtenvereinigung ging in folgender Weise vor sich. Am Donnerstag morgen trafen sich ein Rundschreiben mit der Unterseite des Oberingenieurs Höchstädter verbunden unter den Beamten der Maschinenfabrik, wozu es jährlings zu einer Begegnung eingeladen wurden die am gleichen Tage nach Arbeitschluss in der Fabrik selbst stattfinden sollte. Von den circa 250 Beamten der Fabrik hatten sich denn auch 150 eingefunden. Oberingenieur Höchstädter eröffnete und leitete die Versammlung. Die Verschlagung für die Wahl zur Handelskammer hatte der Versammlungsleiter schon in der Tasche und ohne die Anwesenden weiter zu fragen, erklärte er diese als nominiert. Dann eröffnete der Beamtenverein der Direktion den Anwesenden weiter:

„Uns hätte ich bei dieser Begegnung noch zu erinnern, dass es doch sehr gut wäre, wenn wir aus ähnlichen Anlässen des Eltertums zusammenkommen könnten. Wir haben doch so manches auf dem Herzen und vieles könnte bei diesen Begegnungen erlebt werden. Wie wäre es, wenn wir einen Beamtenverein gründen würden? Da wir heute abends so zahlreich vertreten sind, dürfte sich dieses leicht ermöglichen lassen.“

Einer der anwesenden Beamten hatte den Plan, gegen die Überbevölkerung zu protestieren und schlug vor, die Angelegenheit in einer Erstauf-Veranstaltung zu besprechen. Aber Herr Höchstädter erklärte lateinisch: „Ich halte dies nicht für nötig und bitte diejenigen, die mit meinem Vorschlag einverstanden sind, sich von ihren Söhnen zu erheben.“

Und nur erhoben sich, wenn auch zögernd, sämtliche Anwesenden, bis auf 10 „Rückgratse“! Höchstädter konstatierte nun schmunzelnd die „nahezu Einstimmigkeit“ erfolgte Gründung des Beamtenvereins! Der Vorstand und die Auschusznmitglieder waren auch schon bestimmt, so dass sich die Mitglieder des gelben Vereins nicht weiter darum zu bemühen brauchten.

Über die Ziele des neugegründeten Vereins äußerte sich der Macher des Ganzen in nachfolgender Weise:

„Der Verein muss sich, da rein sachliche Angelegenheiten zu Interesse verlieren, in der Komplikation als Bergungsverein gehalten, welche kaum man dann auch sozialpolitische reip. anderen drängen erledigen.“

So hat nun die Maschinenfabrik Augsburg neben dem gelben Arbeiterverein auch einen solchen für die Beamten — sie ist Sieger geblieben, trotz der scheinbaren Zurücknahme des berüchtigten Elasses der bisherigen Metallindustriellen, dessen Elasse in der Maschinenfabrik Augsburg fingen. Die Folgen der Rückgratlosigkeit der laufwährenden und technischen Beamten werden sich für die auf den gelben Leim Gefrorenen bald in unliebsamer Weise zeigen.

### Aus anderen Organisationen.

**Der Polizei- und Feuerwehrverband.** Der Polizei- und Feuerwehrverband hat über die Dauer der Mitgliedschaft eine nicht uninteressante Aufstellung gemacht. Diese statistische Zusammensetzung geschieht ähnlich der Aufstellung von Geschäftsbüchern für solche Mitglieder, die dem Verband 8 Jahre und länger angehören. Da der Verband am Jahresende 144.250 Mitglieder zählt und 27.229 Erfassbuchen ausgestellt werden müssen, so waren demnach 18.9 Proz. der Mitglieder 8 Jahre und länger organisiert. Im Jahre 1901 zählte der Verband 67.341 Mitglieder, demnach sind 40.4 Proz. der Mitglieder die dem Verband damals angehörten, ihm auch treu geblieben. Bis zu 8 Jahren gehörten dem Verband 81.1 Proz. der Mitglieder an, 8 bis 10 Jahre 9 Proz., 10 bis 15 Jahre 7.5 Proz., 15 bis 20 Jahre 2 Proz. und 20 bis 25 Jahre 0.4 Proz. Länger als 25 Jahre gehörten dem Verband 26 Mitglieder an, deren Namen auf einer Ehrentafel als Veteranen des Verbandes im Verbandsorgan aufgeführt sind. Die Drechsler stellen den höchsten Prozentsatz der älteren Mitglieder mit einer Mitgliedschaftsdauer über 8 Jahre. Von den 4780 Drechsler im Verband sind 26.7 Proz. länger als 8 Jahre organisiert. Daraus folgen die Tischler mit 24.8 Proz. die Parkettsticker mit 23.1 Proz. die Korbmacher mit 20.9 Proz. und die Knopfmacher mit 19.4 Proz. Alle anderen Branchen bleiben hinter dem Gesamtdurchschnitt von 18.9 Proz. zurück.

Die Fluktuation der Mitglieder ist 25.4 Proz. immer noch eine hohe; sie ist aber bei weitem nicht mehr so hoch wie früher, wo sie 50 Proz. und mehr betrug. Ein gutes Zeichen für ein tiefes Erfassen des Organisationsgedankens unter den Arbeitern!

**Die Verschmelzungfrage im Steinmetzverbande beschäftigte eine Mitgliederversammlung der Aktion Leipzig.** Vom Referenten wurde darauf hingewiesen, dass in dieser Frage der Gemeindearbeiter-

verband, der aber wenig Regung zur Verschmelzung zeige, eher für die Verbindungsmann im Vertrag läuft als der Steinmetz- oder der Maurerverband. Die Versammlung nahm schließlich einen Antrag auf, der die nächste Generalversammlung des Verbandes beauftragt, die Frage der Verschmelzung in Acht zu bringen.

**Der Buchdruckerverband** kann auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken; ihm hat das Verfahren 1908 keinen Abbruch in seiner organisatorischen Entwicklung getan. Die Gesamtmitgliederzahl im Jahre 1908 liegt um 2786, das sind genau um 16 Mitglieder weniger, als der Gutenbergbund in den Jahren seiner Tätigkeit Mitglieder zusammengebracht hat. In den drei vorangegangenen Jahren betrug die Mitgliederzunahme allerdings je rund 4000, die geringere Zunahme wird jedoch daraus geschlussfolgert, dass die Zahl der organisatorischfähigen Gesellen immer geringer wird, da der Verband mit Ausnahme des Neuauflernden fast alle mit ihm brauchbaren Gesellen bereits seinen Reihen zugeführt hat. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresende 56.500. Nahe die Hälfte sämtlicher Mitglieder, nämlich 30.000, waren in den vier Gauen: Berlin, Rhineland-Pfalz, Leipzig und Bayern vorhanden.

Die wirtschaftlich gedrückte Lage fand sich allerdings in den geistigeren Ausgaben für Unterhaltungen sichtbar zum Ausdruck. Zur Arbeitslohnunterstützung am Ende wurden 706.821 M. (1907: 1007.142 M.) und zur Ausbildung 178.904 M. (1907: 142.671 M.) gezahlt.

Nach einem Saldobertrage von 7.005.415 M. für das neue Geschäftsjahr ergibt sich ein Überschuss von 746.345 M. (1907: 1.044.677). Die Beitragsnahmen betrugen 9.419.241 M. und 100.000 M. mehr als im Vorjahr. Das Gewinnvermögen betrug 9.689.442 M. Die Auflage des Verbandsorgans betrug 41.000 Grossemare, 1000 mehr als im Vorjahr.

Zu erwähnen ist ferner, dass im Jahre 1908 der Vorsitzende des Verbandes, Döllin, 20 Jahre an der Spitze der Organisation stand; desgleichen der Hauptverwalter Beyer und der Hilfsarbeiter im Pressebüro, Schubert; der Kassierer Elferstand 17 Jahre im Dienste des Verbandes. Während der Gaukonsul Klapproth in Hannover nach 24-jähriger Tätigkeit von Amt zurücktrat.

**Der Metallarbeiterverband** kommt im Jahre 1908 trotz des Schreckens des Weltkriegs aus und trotz der von den Eltern Durchdringen und der politischen Gewaltidioten und der besonders im Handelsverkehr von den Unternehmen hochgezogene „Selben“ keinen Mitgliederverlust hinter sich, denn eine Mitgliederabnahme von 181 bei einer Mitgliederzahl von 882.072 lässt als Abnahme nicht gerechnet werden. Die Mitglieder verteilen sich auf 436 Betriebsstätten, 3 weniger als im Vorjahr. Zum Berufen gegliedert weisen die Eltert mit 27.33 Proz. Prozent den höchsten Prozentsatz der Mitglieder auf; darunter folgen die sonstigen Metallarbeiter (Wohler, Krämer, Schäfer, Stanger usw.) mit 15.85 Proz., sodann die Drechsler mit 10.21 Proz., die Formen mit 7.11 Proz., die Klempner mit 5.64 Proz., die Schreinwerker mit 4.19 Proz., die Schmiede mit 3.88 Proz. usw. Die Fluktuation unter den Mitgliedern war immer noch eine sehr hohe. Es erfolgten über 98.000 Beiträge, dazu gerechnet die Nebenbeiträge aus anderen Gewerkschaften und die vom Militär zurückgekommenen ergibt eine Zunahme von rund 108.400 Mitgliedern. Dieser gesteigerte Zugang in der Zahl darf nicht allein wieder angesichts, sondern noch weitere 131 Mitglieder dazu. Antretant ist, dass unter den zum Verbande Nebengetreuen sich 496 vom Gewerbeverein und 356 vom durchschnittlichen Verband befinden. Eine Erhebung über das Alter der Mitglieder ergibt, dass sich 6315 Proz. im Alter von 20—35 Jahren befinden. 392 Mitglieder wurden aus dem Verbande ausgeschlossen, eine erheblich niedrigere Zahl als in den Vorjahren, was darauf zurückzuführen ist, dass infolge der gewogenen Kampfe im Vertragsjahr nicht so viele gehen wegen Streitbruch zu verzeichnen waren.

Dass die Krise die Ausgaben für die verschiedenen Unterstützungsweisen ganz wesentlich herabsetzen würde, war zu erwarten; die Ausgaben dafür sind aber nahezu verdoppelt worden. Die Ausgaben der Hauptkasse für Reiseunterstützung liegen von rund 294.907 M. im Jahre 1907 auf 401.807 M. im Jahre 1908, die Krankenunterstützung von 2.152.563 M. auf 3.049.747 M. Die Arbeitslosenunterstützung lag von 182.820 M. auf 3.048.559 M.

Der Vermögensbestand des Verbandes betrug im der Hauptkasse, nach Abzug einer Vermögensminderung von rund 860.000 M. 8.873.000 M. Die Polstoffsäcke haben dagegen bei einem Bestande von 276.280 Mark zu verzeichnen. Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 4.662.000 M. In dem sehr umfangreichen Bericht, der noch viele interessante Angaben über die Tätigkeiten des Verbandes auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, über statistische Er-

hebungen, über Agitation und Bildungsbestrebungen, über die Errichtung eines literarischen Büros im ähnlich an die Bibliothek in der Hauptverwaltung enthaltet, wird auch des 25jährigen Bestehens der „Metallarbeiterzeitung“ Erwähnung getan, die von dem heute noch das Hochgericht leitenden Redakteur J. Scherl und dem Benossen Karl Wittenberger gegründet wurde.

### Korrespondenzen.

Bergen-Enkheim. (E. 28. 6.) Am Sonntag, den 27. Juni d. J., fand in der Verbindungsangemessenheit im Bergen-Enkheimer Bezirk eine Konferenz in Enkheim statt, wozu die jeds in Beirat kommenner Verwaltungstellen Vertreter entsandt hatten. Es waren anwesend:

Von Bergen die Kollegen Wissler, Höbel, Klein, Wagner; von Enkheim die Kollegen Schulz und Babel; von Fechenheim die Kollegen Klinger und Specht; von Bischofsheim Kollege Seib; von Dörnigheim Kollege Stödel; von Bösel Kollege Klöß, sowie der Kollege Höf. Offenbach als Gauvertreter.

Sämtliche Vertreter erklärten, im Einverständnis mit ihren Mitgliedschaften die Versammlung dieser sechs Verwaltungstellen für absolut notwendig. Die neue Verwaltungsstelle Bergen-Enkheim usw. will sich mit 15 Proz. der Beiträge beginnen, ebenso soll an den Widerstandsfonds Ebenbacht (Bezirks- resp. Gauaufsicht) pro verkaufster Beitragsmarke 3 Pf. bezahlt werden. Die Zahlstelle Fechenheim, die dem Widerstandsfonds jeither nicht

angeschlossen war, zählt den ganzen, auf sie entfallenden Betrag seit Gründung des Widerstandsfonds nach. — Als Beamter wird einstimmig Kollege Heinrich Schulz, Enkheim, Hauptstraße 207 gewählt. Die feierlichen Maßnahmen sollen auf den einzelnen Orten als Vertrauensmänner fungieren.

Planen. (E. 29. 6.) Am 17. Juni fand eine außerordentliche Generalversammlung statt, zu welcher schriftliche Einladungen von Seiten unseres Gauleiters Kollege Busch ergangen waren. Die Mitglieder waren vollständig erschienen. Kollege Busch referierte über das Thema: „Die Entwicklung des Sattlerberufes vom Kleinhandwerk zur Großindustrie.“ Sodann gab er uns noch einen kurzen Bericht von der Kölner Generalversammlung. Die Versammlung folgte mit Aufmerksamkeit den Worten unseres Gauleiters und dankte durch lebhafsten Beifall. Es ließ sich ein Kollege aufnehmen. Mit der Verschmelzung mit den Portefeuillern war man allgemein einverstanden. Nachdem Kollege Busch die Versammlung ermahnt und aufgefordert hatte, recht fest zusammen zu halten und tüchtig zu agitieren, da hier leider noch sehr viele Kollegen dem Verband fernstehen, wurde die Versammlung um 12½ Uhr geschlossen.

### Bücherschau.

**Herzliche Grüße.** Geschichten von Stefan Großmann. Verlag: Buchhandlung Bornharts, Berlin SW. 68. Preis broschiert 2 M.; elegant gebunden 2,80 M.

## ANZEIGEN

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Sattler und Berufsgenossen Deutschlands, „Hoffnung“, E. h. 64, Berlin.

### Quartalsversammlungen.

#### Tagesordnung:

1. Abrechnung.
2. Wahl des halben Vorstandes.
3. Berichtigendes.

Leipzig. Montag, den 19. Juli, abends 8½ Uhr, im Volkshaus, Zeigner Straße 32.

Nürnberg. Samstag, den 17. Juli, abends 8 Uhr, Ecke Himmelsteiner Weg und Wientenstrasse, im Restaurant Seibold.

Hannover. Mittwoch, den 14. Juli, abends 8½ Uhr, Schillerstr. 4 bei Wolf.

Konstanz. Samstag, den 10. Juli, abends 8½ Uhr, im „Schiffhäusle“.

Mülheim a. Ruhr. Sonntag, den 18. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Restaurant Borgfeld.

Brandenburg a. H. Mittwoch, den 14. Juli, abends 8 Uhr, in der Centralherberge, Wollenweberstraße 8.

Frankfurt a. M. Samstag, den 17. Juli, abends 8½ Uhr, im Hotel 8 des Gewerbehauses.

**Ein wichtiger  
Geschirr- und Wagensattler**  
findet dauernde Stellung bei  
**J. Deilichausen,**  
Frankfurt a. Main, Mainzerlandstr. 130.

### Einheirat.

Gebildetes Fräulein aus guter Familie wünscht mit tüchtigem Sattler befreit Ehe in Korrespondenz zu treten, zur Übernahme des elterlichen Anwesens schönes Haus und Geschäft. Charaktervoller Mann mit 10.000 M. Vermögen würde ein friedliches, schönes Heim finden. Offeret unter M. S. 1670 an Haasenstein & Vogler, A.-G., München.

Eine Sammlung tiefempfundener Erzählungen aus dem sozialen Alltagsebenen. In plaudernder Darstellung stehen die Menschen vor uns, von denen der bekannte Autor die kleinen Freuden und Leiden des alltäglichen Kampfes mit inniger Anteilnahme zu schildern weiß. Was uns täglich umgibt und unbedingt an uns vorüberfließt, gewinnt in diesen Erzählungen Leben und Gestaltung. — Wir veröffentlichen vielleicht gelegentlich als Leseprobe eine dieser Gedichten.

### Versammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir von jetzt ab diejenigen Versammlungsangebote, die bis zum Redaktionsschluss bei uns eintreffen.)

Mühlheim (Main). Montag, 19. Juli, abends 9 Uhr, im „Frankfurter Hof“.

### Sterbetafel.

Berlin. Richard Neubauer, 23 Jahre alt, Lungentrancheitis (Reibriemenbrande).

— Moritz Denisow, 22 Jahre alt (Plans- und Zeltbranche).

München. Johann Edel, 37 Jahre alt (Tuberkulose).

Ehre ihrem Andenken!

### Kosser-Sattler

für große Reisetaschen suchen Horstmann & Sander, Hannover.

### Mehrere Sattler auf Schultornister,

Hund- und Reisetaschen sind Kosser sofort gefüllt. H. Münnfeldt & Co., Kosser- und Lederverarbeitung in Petersen.

Meine, in einem Orte in Thüringen befindliche, flottgehende

### Sattlerei

mit guter und fester Kundshaft. Wohnhaus u. v. verlaufe ich sofort wegen erlittenen Unfalls bei nur 1—2000 M. Anzahlung. Offeren unter H 3. 5231. an die Expedition dieses Blattes.

### Lehrbücher für Sattler:

Bergerhoff. Der moderne Tapezierer . . . 7,50 M.  
Morgenstern. Der Sattler als Tischneider 5,00  
Rauch. Der Wagenfabrikant . . . . . 9,00  
Reinisch. Der Wagenkasten und sein Plan 5,00  
Neuter. Die Schule des Tapezierers . . . . . 7,50  
Schlüter u. Rauch. Handbuch f. Sattler 9,00  
Schlüter, Rauchneider der Sattler-Arbeiten 7,50

zu bezahlen durch:

Joh. Sassenbach, Berlin SO. 16.

Georg Weihnachts Bierhaus, Grünstr. 21.

H. Weiß-, Bayrisch-, Kulmbacher Bier

Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Sattler und der Ortsverwaltung des Verbundes der Sattler. Zahlstelle der „Freien Volksküche“.

### Uhren auf Teilzahlung

Hunderttausende  
Kunden.  
Katalog mit circa 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei.  
Jonass & Co., Berlin SW. 463  
Belle-Alliance-Strasse 3.

### Musikwaren und Sprechmaschinen auf Teilzahlung

Hunderttausende  
Kunden.  
Akkreditierung.  
Katalog mit circa 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei.  
Jonass & Co., Berlin SW. 463  
Belle-Alliance-Strasse 3.

### Photographische Apparate auf Teilzahlung

Tausende beglaub. Anerkennung.  
Katalog mit circa 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei.  
Jonass & Co., Berlin SW. 463  
Belle-Alliance-Strasse 3.

#### Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige.

(Einzeldruckerei Bilskasse, Sitz Leipzig.)

### Abrechnung des 1. Quartals 1909.

Einnahmen			Ausgaben		
An Nebenkassen gingen ein:	M.	%	An Zuflüssen nach:	M.	%
Augsburg	100	—	Aachen	150	—
Altona	200	—	Bieber	400	—
Bremen	100	—	Buchholz	100	—
Bremen	200	—	Breslau	100	—
Bonn	200	—	Chemnitz	100	—
Bürgel	200	—	Cassel	200	—
Bergen	200	—	Frankfurt	400	—
Bielefeld	200	—	Kreisburg	100	—
Brieg	100	—	Hedenheim	200	—
Cafel	50	—	Zürich	400	—
Dortmund	200	—	Gründi	50	—
Düsseldorf	150	—	Heusenstamm	400	—
Eberfeld	200	—	Hanau	200	—
Eilen	75	—	Köln	400	—
Gotha	100	—	Kirchheimbolanden	50	—
Halle	250	—	Magdeburg	400	—
Hauen	350	—	M.-Gladbach	100	—
Kirchheimbolanden	70	—	Nürnberg	400	—
Leipzig	1000	—	Neu-Ruppin	100	—
Mannheim	200	—	Reu.-Nienburg	100	—
Reu.-Nienburg	100	—	Pforzheim	50	—
Überhausen	400	—	Regensburg	100	—
Reutlingen	200	—	Rembüden	150	—
Rumpenheim	50	—	Tübingen	80	—
Solingen	75	—	Stuttgart	1200	—
Schleiz	250	—	Stettin	100	—
Ulm	60	—	Für Krankenunterstützung an Mitglieder:		
Wiesbaden	90	—	1. Klasse nach § 10 Absatz 2	45	50
An Zinsen der Hypotheken			2. Klasse nach § 10	139	50
Straten	500	—	3. Klasse nach § 10	891	50
Steuerresten	14	75	1. Klasse nach § 10	88	—
Unterhaltsgeldern eingestehender Mitglieder			2. Klasse nach § 10	147	—
Steuern 1. Klasse	2	—	3. Klasse nach § 10	328	—
2.	458	50	Ruh- und Bergliegungskosten in Krankenhäusern		
3.	281	25	Verteidigungsgeld 9. Klasse	8	9
4.	1750	—	ärztliche Behandlung	60	—
Gefreiabenz			Argnei	208	—
1.    1.	8	25	Bruchbänder	75	4
1.    2.	3	25	Heilmittel	55	3
1.    3.	48	80	Porto des Vorstehenden	59	7
1.    4.	48	80	Porto des Kassierers	82	7
Gefreiabenz			Schreibmaterial	28	6
Gefreiabenz			Verschlebenes	55	2
Gefreiabenz			Anmerke in der Buchbinderei- Zeitung vro 3. u. 4. Quar- tal 1908		
Gefreiabenz			10000 Arm. V u VI drucken	105	—
Gefreiabenz			2000 Adressenverzeichnisse	88	—
Gefreiabenz			1000 Eintritts-Nachträge	25	—
Gefreiabenz			500 Mittelstücksbücher binden	8	—
Gefreiabenz			27000 Tüttungsmärkte	47	5
Gefreiabenz			Stoffen des Rechtsamts in Slagefache Langenfeld	84	—
Gefreiabenz			Jahrt u. Daten für Revision d. Verwaltungsgt. M.-Gladbach	48	1
Gefreiabenz			Revision der Hauptkasse für den Ausdruck	67	—
Gefreiabenz			Entschädigung der Revisoren bei Abrechnung des 4. Quar- tals 1908	6	—
Gefreiabenz			Gehalt des Vorstehenden	3	—
Gefreiabenz			des Kassierers	625	—
Gefreiabenz			des Schriftführers	525	—
Gefreiabenz			der Bevölker. und des Stellvertret. Vorständen	15	—
Gefreiabenz			Beitrag zur Unterstützungs- Vereinigung	70	—
Gefreiabenz			Beitrag zur Invaliden- versicherung	18	—
Gefreiabenz			Mietzins pro 1. Quartal 1909	4	—
Gefreiabenz			Summe		
Gefreiabenz			10000	100	—
Gefreiabenz			244082	77	—
Gefreiabenz			950817	09	—

卷之三

**შოთარე** . . . . . 252 517,02 ლ.   
**კუნძულები** . . . . . 10 304,45

Gassenbestand 242 412,57 gwt.

für die Mid

o Bergmann

An Krankenunterstützung wurde ausgezahlt in:		Medizin und ärztliche Behandlung		Vorhandenes Rondo	
Nachen	212	75	30	35	85
Auerburg	43	—	15	35	30
Annaberg	196	—	18	85	347
Augsburg	158	—	—	—	88
Altona (Elbe)	—	—	10	50	267
Barmen	108	—	—	—	173
Berlin	7765	70	650	15	1276
Bremen	256	25	53	95	164
Bonn	298	—	1	25	224
Bieber	1629	20	7	80	230
Bürgel	512	25	13	—	198
Bergen	427	50	100	57	275
Braunschweig	53	75	9	32	151
Buchholz	293	—	58	65	159
Breslau	329	—	58	29	10
Bielefeld	146	75	10	50	327
Brieg	150	40	—	—	117
Chemnitz	479	—	—	—	270
Cassel	306	40	—	—	109
Dresden	1267	90	211	22	220
Dülmens	64	—	—	—	183
Dortmund	126	75	—	—	288
Düsseldorf	126	—	1	—	291
Eberfeld	476	50	17	10	257
Erlangen	351	50	—	—	18
Effeln (Württ.)	68	—	—	75	147
Ehingen	113	25	—	—	78
Frankfurt a. M.	1356	20	78	01	6
Freiberg i. S.	220	—	—	75	16
Freiburg i. Br.	596	90	—	—	22
Gedernheim	1080	—	166	48	111
Fürth	698	50	16	63	137
Gera	20	—	27	—	307
Gotha	39	—	11	49	430
Gründstadt	102	—	—	—	98
Hamburg	582	50	117	—	628
Hannover	1871	40	189	50	904
Halle	182	—	24	68	114
Heidenstamm	324	—	125	—	—
Hilbersheim	25	25	31	92	11
Hausen	155	25	—	—	359
Hagen	204	50	—	—	208
Heilbronn	488	80	—	—	99
Hanau	440	—	22	85	81
Hierlohn	6	—	—	—	219
Köln	480	—	41	60	267
Kirchheimbolanden	150	75	—	—	20
Kreveler	454	80	—	—	737
Karlsruhe	94	—	—	—	182
Kandel	96	—	—	—	173
Klein-Esteinheim	111	25	—	—	255
Konstanz	66	—	—	—	163
Leipzig	3403	55	125	55	2012
Lahr	1012	05	—	—	316
München	1270	—	123	75	—
Mainz	319	75	24	67	150
Mannheim	286	15	32	91	430
Magdeburg	953	05	84	78	148
M. Widdach	410	75	57	94	79
Mühlheim a. M.	440	55	20	31	220
Nürnberg	1814	90	—	—	308
Neu-Büppin	189	—	32	40	—
Neu-Jenensburg	205	25	—	—	92
Offenbach	4223	25	292	75	1283
Oberthäusen	354	—	13	90	29
Forchheim	—	—	—	—	—
Reutlingen	178	—	—	—	215
Regensburg	474	—	—	—	131
Rumpenheim	189	50	28	87	92
Sembach	282	25	10	—	11
Selma	61	75	26	56	57
Solingen	158	—	3	32	50
Stuttgart	3877	50	115	10	1282
Tierstein	332	50	106	83	57
Schleis	92	—	9	10	114
Sauerland	46	50	9	80	60

Wu Beerdigungsgeest wurde gewählt in:

Berlin	260	Köln	80
Dresden	80	Leipzig	650
Freiburg	70	Magdeburg	110
Hamburg	80	Offenbach	470
Hannover	110	Regensburg	60
Herrenstamm	80	Stuttgart	180

<sup>\*)</sup> Hierin ist die Summe des Beerdigungsgeldes mit enthalten.